

Beteiligtentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/1192)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 21. April 2021

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Stellung und das Aufgabengebiet des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2019 mit dem Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sowie zur Änderung des Thüringer Beamtengesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 303) und dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen sowie zur Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 312) erweitert. Neben der Ansiedlung beim Thüringer Landtag statt zuvor beim für Soziales zuständigen Ministerium erhielt der Beauftragte eine Reihe zusätzlicher Aufgaben.

So kommt ihm eine Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und bei der Realisierung der physischen und digitalen Barrierefreiheit zu. Die Landesregierung hat dem Beauftragten zuletzt mit der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Thüringer Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung -ThürBITVO-) vom 28. April 2020 (GVBl. S. 164) die Zuständigkeit für ein mehrstufiges Prüf- und Beanstandungsverfahren bei öffentlichen Internetseiten zugewiesen, die er über eine Landesdurchsetzungsstelle durchzuführen hat (vergleiche § 5 Abs. 1 ThürBarrWebG und § 5 ThürBITVO). Zudem übt er den Vorsitz und die Leitung des Landesbehindertenbeirates und der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Behindertenbeauftragten aus und nimmt damit eine wichtige Mittlerrolle zwischen der Politik, Verwaltung und Menschen mit Behinderungen wahr.

Der Landesbeauftragte hat nach dem bisher geltenden § 20 Abs. 1 Nr. 1 ThürGIG eine umfassende Prüf- und Umsetzungskompetenz hinsichtlich jeglicher "Rechtsvorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen", kann jedoch gemäß § 20 Abs. 3 ThürGIG Verstöße nur gegen die Regelungen des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen selbst beanstanden. Die Prüf- und

Beanstandungskompetenz sind demnach nicht deckungsgleich, was in der Praxis unbefriedigend ist.

Der Landesbeauftragte hat nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 ThürGIG die Aufgabe, "landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum- und Verkehrsgestaltung zu beraten", ohne jedoch mit der hierfür erforderlichen Arbeitsstruktur agieren zu können, wie dies auf der Ebene des Bundes oder anderer Länder bereits der Fall ist.

Des Weiteren weicht die besoldungsrechtliche Eingruppierung des Landesbeauftragten von der des Aufarbeitungsbeauftragten und des Bürgerbeauftragten ab, obwohl deren Amtsverhältnis vergleichbar ist und der Aufgabenkreis des Landesbeauftragten 2019 und 2020 erheblich ausgeweitet wurde. Diese Unstimmigkeit wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Anpassung der Besoldung des Aufarbeitungsbeauftragten zum Ende der 6. Legislaturperiode hin deutlich (Gesetz vom 10. Oktober 2019, GVBl. S. 422).

B. Lösung

Um bei vom Landesbeauftragten festgestellten Verstößen Beanstandungen aussprechen zu können, soll seine Rechtsstellung verbessert werden, sofern die aus seiner Sicht verletzten Rechtsnormen seiner Prüfungskompetenz unterliegen. Die Prüf- und Beanstandungskompetenz wird dadurch deckungsgleich hergestellt.

Um besser bei infrastrukturellen Vorhaben beraten und einwirken zu können, soll der Beauftragte eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einrichten, die über den bisherigen gesetzlichen Auftrag auch in Angelegenheiten der digitalen Barrierefreiheit beraten soll. Letzteres hängt auch mit den Aufgaben des Landesbeauftragten nach dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen beziehungsweise der Thüringer Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung als Landesdurchsetzungsstelle für barrierefreies Internet zusammen. Die Besoldung des Landesbeauftragten wird an die Besoldung des Bürgerbeauftragten und des Aufarbeitungsbeauftragten angepasst.

Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der beschriebenen Weise

C. Alternativen

Festhalten an der bisherigen Gesetzeslage

D. Kosten

Die für die geplanten besoldungsrechtlichen Anpassungen notwendigen Landesmittel sind im Landeshaushalt 2020 und bei der Haushaltsanmeldung für das Jahr 2021 berücksichtigt.

Für die Einrichtung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit entstehen einmalige Kosten und laufende Kosten.

Weitergehende Kosten sind mit dem Gesetzentwurf nicht verbunden.

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 303) wird wie folgt geändert:

1. § 10 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort "landeseigenen" gestrichen.
- b) In Satz 2 werden nach dem Wort "Ministerium" die Worte "und nach Anhörung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen" eingefügt und das Wort "landeseigene" gestrichen.

2. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe "A 16" durch die Angabe "B 3" ersetzt.
- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Worte "oder einer kommunalen Vertretungskörperschaft" gestrichen.

3. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

"4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum-, Verkehrs- und Internetgestaltung zu beraten und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,"
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte "Bestimmungen dieses Gesetzes" durch die Worte "in Absatz 1 Nr. 1 genannten Rechtsvorschriften" ersetzt.

4. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen beruft einmal in fünf Jahren oder aufgrund eines Landtagsbeschlusses zu Beginn einer Wahlperiode des Landtags auf Vorschlag von Verbänden und Institutionen, zu deren satzungsgemäßen Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehört, einen Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen."
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "zwölf" gestrichen.
- c) Nach Absatz 5 wird folgender neue Absatz 6 angefügt:

"(6) Das Land soll die Tätigkeit sowie die Projekte der Kommunalen Beauftragten für Menschen mit

Behinderungen und der Beiräte für Menschen mit Behinderungen durch das für die Sozialpolitik zuständige Ministerium im Rahmen einer Projektförderung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fördern. Die Ausgestaltung der Förderung bleibt einer Förderrichtlinie vorbehalten."

5. § 22 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte berufen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften können einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen berufen. Neben diesen Beauftragten können die Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften für ihren Zuständigkeitsbereich einen Beirat für Menschen mit Behinderungen einrichten."

6. § 26 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Landesregierung evaluiert unter Beteiligung des Landtags, der einen eigenen Bericht vorlegen kann, die Wirkung des Gesetzes alle sechs Jahre und berichtet dem Landtag alle sechs Jahre durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium über das Ergebnis der Evaluation. Der Bericht erfolgt erstmals 2022 und muss auch Angaben zum Stand der Barrierefreiheit der Bestandsgebäude nach § 10 Abs. 2 und Angaben zu den Kostenfolgen des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen für die Kommunen enthalten."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Dezember 2020 in Kraft.

Begründung:**Zu Artikel 1****Zu Nummer 1**

§ 10 Abs. 2 bezieht die Berichtspflicht öffentlicher Stellen lediglich auf landeseigene Liegenschaften. Damit fällt ein großer Teil der von den Kommunen genutzten Gebäude sowie sämtliche gemäß Absatz 4 angemieteten Liegenschaften aus der Berichtspflicht heraus. Da es für den Bürger nicht nachvollziehbar und in der Regel nicht erkennbar ist, ob eine öffentliche Stelle in landeseigenen Immobilien ansässig ist oder nicht, wurde diese Änderung bereits in der Anhörung zum Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen durch den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen vorgeschlagen. Zudem soll der neue Landesbeauftragte in die Prüfung einbezogen werden.

Zu Nummer 2

Mit der Angleichung der Besoldung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen an die des Aufarbeitungsbeauftragten und des Bürgerbeauftragten wird dem gewachsenen Aufgabenfeld des Landesbeauftragten und seiner vergleichbaren Stellung entsprochen und sachlich nicht begründbare Benachteiligungen seiner Dienststelle beseitigt.

Zu Nummer 3

Die in § 20 Abs. 1 und 3 vorgesehenen Änderungen bewirken zum einen, dass der Landesbeauftragte bei der Wahrnehmung seines umfassenden Prüfauftrages festgestellte Verstöße nunmehr vollumfänglich beanstanden kann und nicht lediglich Verstöße gegen das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen selbst.

Zum anderen gehen mit dem Auftrag an den Landesbeauftragten, im Bereich der barrierefreien Infrastruktur Prüfaufgaben wahrzunehmen, korrespondierende Beratungstätigkeiten einher, ohne die Prüfungen häufig nicht sinnvoll wahrgenommen werden können. Dies gilt gleichermaßen für das umfangreiche Themengebiet der baulichen und verkehrlichen Barrierefreiheit wie auch für das noch weithin unbekannte barrierefreie Internet. Bei Letzterem dürfte mit Blick auf die Verpflichtungen aus der dem Thüringer Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen sowie zur Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes zugrundeliegenden EU-Richtlinie 2016/2102 ein nicht unerheblicher Beratungs- und Schulungsbedarf gegenüber den Kommunen und öffentlichen Unternehmen auf den Landesbeauftragten zukommen, sobald die Umsetzungsfristen am 23. September 2020 und 23. Juni 2021 (Artikel 12 Abs. 3 der Richtlinie) abgelaufen sind. Für diese Aufgabenwahrnehmung ist eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit beim Landesbeauftragten einzurichten, um eine umfassende und interdisziplinäre Prüf- und Beratungstätigkeit gewährleisten zu können.

Zu Nummer 4

Mit dieser Formulierung wird einerseits vermieden, dass zu Beginn einer jeden Wahlperiode ein neuer Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gewählt werden muss. Der Landtag behält sich jedoch das Recht vor, über die Neuwahl des Gremiums zu befinden.

Die in § 21 Abs. 2 formulierte starre Begrenzung auf zwölf Verbände wird der Vielfalt und dem Mitbestimmungs- und Teilhabebedürfnis von Menschen mit Behinderungen nicht gerecht, wie die aktuelle Konstituierung des Beirates gezeigt hat. Sie ist zu ändern, um über die festgelegte Verbändeanzahl hinaus auch andere Gruppen und Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen im Landesbeirat beteiligen zu können.

Zu Nummer 5

In der Anhörung zum Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurde deutlich, dass eine breite Mehrheit der angehörten Experten und Verbände eine Verpflichtung zu kommunalen Beauftragten befürwortet (zum Beispiel Familienbund der Katholiken, Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Verband der Körper- und Mehrfachbehinderten).

Der neu formulierte § 22 Abs. 1 stellt gemeinsam mit dem neuen Absatz 6 in § 21 einen Kompromiss dar. Mit diesen Formulierungen wird zwar eine Verpflichtung zur Einsetzung von kommunalen Beauftragten auf der Kreisebene implementiert, deren Tätigkeitsform wird jedoch nicht festgeschrieben. Das Land kann mit der neuen Formulierung in Absatz 6 die berechtigten Interessen der Kommunen unterstützen.

Zu Nummer 6

Die Änderung gegenüber der im Gesetz formulierten Regelung bezieht sich auf den Zeitpunkt der ersten Evaluation. Dieser wird mit der neuen Formulierung auf 2022 gesetzt. Außerdem führt die vorgeschlagene Neuformulierung eine Pflicht zur Evaluierung der mit dem Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einhergehenden Kosten ein, was angesichts der fehlenden Kostenfolgenabschätzung notwendig ist.

Zu Artikel 2

Der Artikel 2 regelt das Inkrafttreten der Gesetzesänderung zum 1. Dezember 2020.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen
Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Thüringen e.V.
Landessportbund Thüringen e.V.
Barrierefrei in Thüringen e.V.
Landesseniorenverband Thüringen e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Behindertenbeauftragten
Sozialverband VdK, Geschäftsstelle Thüringen
Landesverband der Gehörgeschädigten Thüringen e.V.
Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden im Freistaat Thüringen
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.
Außerparlamentarisches Bündnis für die Umsetzung der UN-BRK
Thüringischer Landkreistag e.V.
Unfallkasse Sachsen-Anhalt, Landesfachstelle für Barrierefreiheit
Blinden- und Sehbehindertenverband Thüringen
LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.
Berufsverband der Dolmetscher*innen für Gebärdensprachen und Lautsprachen in Thüringen e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Behörde des Freistaats Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Jürgen-Fuchs-Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Behörde des Freistaats Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Behörde des Freistaats Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Inklusion von Menschen mit Behinderungen.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einstimmung zum Gesetzentwurf mit wenigen Ergänzungen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7:	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 22.10.2020	

Der Thüringer Landesbeauftragte
für Menschen mit Behinderungen
PF 90 04 55
99107 Erfurt

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.



THÜR. LANDTAG POST
23.10.2020 14:21

25527/2020

TLMB • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bearbeiter

Telefon

Erfurt,
23.10.2020

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG) - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/1192)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau

der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen dankt den Abgeordneten des Thüringer Landtags für die eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme zu o. g. Gesetzentwurf. Ich möchte zunächst unter A. ein paar einleitende Worte zum Gesetzentwurf und dann unter B. bei einzelnen Regelungen des ThürGIG auf weiteren Änderungsbedarf hinweisen.

A. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion greift vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen und sichtbar gewordener Unzulänglichkeiten Regelungsbedarfe in den Bereichen der Barrierefreiheit sowie der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen auf. Die Notwendigkeit dieser Änderungen kann ich sowohl als Betroffener, langjähriger Vorsitzender eines Selbsthilfeverbandes und Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen bestätigen, obwohl das ThürGIG in seiner jetzigen Fassung¹ erst im vergangenen Jahr zu Beginn der 7. Legislaturperiode in Kraft getreten ist.

Für die Ziffern 1 – 3 und 5 – 6 gilt meine Zustimmung zum Gesetzentwurf. Hinsichtlich Ziffer 4.b und weiterer Punkte unterbreite ich unter B. einen eigenständigen Vorschlag.

B. Einzelne Regelungen und weiterer Änderungsbedarf

1. Nach Ziffer 1 wird eine neue Ziffer 2 eingefügt:

„2. § 12 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

¹ Gesetz vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 303)

Hausanschrift: PF 90 04 55 Tel.: (0361)
Werner-Seelenbinder-Straße 6 99107 Erfurt Fax: (0361)
99096 Erfurt

In Satz 4 werden die Worte „hör- oder sprachbehinderte“ gestrichen.

Begründung:

Es handelt sich um die Korrektur eines redaktionellen Fehlers im Gesetzestext. Durch die jetzige Formulierung können nur hör- oder sprachbehinderte Eltern von hör- oder sprachbehinderten Kindern eine Kostenübernahme für Kommunikationsassistenzeleistungen beanspruchen. Sind die Kinder allerdings nicht behindert, könnte man zu dem Schluss gelangen, dass hierauf kein Anspruch besteht. Da in der Praxis bereits kommunale Jugendämter sich auf diesen Passus berufen und eine Kostenübernahme abgelehnt haben, besteht Regelungsbedarf.

2. Nach Ziffer 3. a wird folgender Buchstabe b eingefügt:

b) Absatz 1 Nr. 8 erhält folgende Fassung:

„dem Landtag und der Landesregierung spätestens aller 5 Jahre über seine Tätigkeit schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten,“

Begründung:

Die derzeitige Gesetzesfassung koppelt die Berichterstattung des Beauftragten an die Legislaturperiode, die gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Thüringer Verfassung 5 Jahre dauert. Im Falle der unvorhersehbaren Verkürzung der Wahlperiode gemäß Artikel 50 Absatz 2 Thüringer Verfassung bliebe für eine ungeplante Berichterstattung nur ein Zeitfenster von 70 Tagen (Artikel 50 Absatz 2 Satz 3 Thüringer Verfassung). Dieser kurze Zeitraum erlaubt jedoch keine Anfertigung eines sachgerechten Berichtes gegenüber dem Landtag und der Landesregierung. Aus diesem Grund soll die Berichterstattungspflicht von der Wahlperiode entkoppelt werden.

3. Zu Ziffer 4 b

Ziffer 4 b wird wie folgt gefasst:

„b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „zwölf“ in „sechzehn“ geändert“

Begründung:

Die vom Gesetzentwurf beabsichtigte Öffnung der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder ohne Einziehung einer Grenze wird als zu weitgehend und nicht erforderlich angesehen. Richtig ist allerdings, dass sich im Vorfeld der Konstituierung des Landesbehindertenbeirates 16 Verbände gemäß § 21 Absatz 1 Satz 2 ThürGIG haben registrieren lassen. Aufgrund dessen wurden Absprachen über die Stimmberechtigung und die Aufnahme von Gastmitgliedern notwendig. Ich halte daher eine maßvolle Anhebung der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf 16 für sachgerecht, sehe aber eine vollständige Aufhebung der Grenze weder als erforderlich noch zielführend an.

4. Ziffer 5 wird zu Ziffer 5.a und anschließend wird folgender Buchstabe b eingefügt:

b) In Absatz 4 Nr. 1 werden nach dem Wort „den“ die Worte „öffentlichen und nicht öffentlichen“ eingefügt.

Begründung:

Aus der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Behindertenbeauftragten wurde ich darauf hingewiesen, dass es in einzelnen Kommunen zu Problemen bei der Teilnahme der Beauftragten an nicht öffentlichen Gremiensitzungen gekommen ist. Zum Teil wird den Beauftragten der Zutritt verwehrt. Zur Klarstellung soll daher das Teilnahmerecht ausdrücklich auch auf nicht öffentliche Sitzungen erstreckt werden.

C. Kosten

Der Gesetzentwurf weist zurecht darauf hin, dass mit der Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit einmalige und laufende Kosten entstehen werden.

Für die Landesfachstelle für Barrierefreiheit mit dem neuen Aufgabenfeld der barrierefreien Internetgestaltung wird in der Aufbauphase in 2021 folgender zusätzlicher Personal- und Sachmittelbedarf im Landeshaushalt 2021 (Kapitel 0107) gesehen:

1. Personalbedarf

Durch den hinzu kommenden Bereich des barrierefreien Internets besteht Bedarf an einer zusätzlichen Referentenstelle. Es ist nahezu unmöglich, Personal für den öffentlichen Dienst unterhalb der Eingangsvergütungsgruppe des höheren Dienstes zu gewinnen, noch dazu mit IT-Spezialwissen wie im Themenfeld des barrierefreien Internets.

Im Titel **428 01 011 Entgelte der Arbeitnehmer** ist eine zusätzliche Stelle mit der Wertigkeit der Vergütungsgruppe **E 13** aufzunehmen.

2. Sachkostenbedarf

Die Landesfachstelle wird sowohl Schulungen und Fortbildungen organisieren und Öffentlichkeitsarbeit durchführen. Besonders im kommunalen Bereich sehen wird ein großer Bedarf erwartet. Daraus resultieren folgende Mittelaufwüchse:

Der Titel **526 01 011 Kosten für Sachverständige** sollte von den geplanten 40.000 € auf 50.000 € aufgestockt werden.

Die Landesfachstelle ist mit einer Reihe von Prüfbitten und Begutachtungsanfragen konfrontiert, auch aus dem kommunalen Bereich. Es ist kaum möglich, dem in Gänze und Tiefe gerecht zu werden. Deshalb ist geplant, im kommenden Jahr qualifizierte Ingenieurbüros in die Beratungstätigkeit einzubinden (Netzwerkaufbau). Die dafür erforderlichen Mittel haben die Kommunen aber häufig nicht, weshalb die Landesfachstelle hier unterstützend eingreifen und die Leistungen vergüten sollte.

Der Titel **531 01 013 Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentationen und Veröffentlichungen** sollte von 25.000 € auf 30.000 € aufgestockt werden.

Die Landesfachstelle soll 2021 sowohl im Internet als auch über einen Flyer über ihr Angebot informieren (auch in leichter und in Gebärdensprache). Damit hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit zu erfahren, was die Landesfachstelle leisten kann und was nicht. Ich denke, dass der Mittelansatz dafür nicht zu hoch angesetzt ist.

Ich bitte die Abgeordneten des Thüringer Landtags, die notwendigen Mittel über entsprechende Änderungsanträge zum Kapitel 0107 bereits im Landeshaushalt 2021 einzustellen, damit ich

dem gesetzlichen Auftrag ab dem kommenden Jahr entsprechen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Leibiger

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN In Vorlage 7/1319 -NF-											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</td> <td>Behörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jürgen-Fuchs-Str. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99036 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99036 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen	Behörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jürgen-Fuchs-Str. 1										
Postleitzahl, Ort	99036 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Inklusion von Menschen mit Behinderungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Antrag mit wenigen redaktionellen Ergänzungen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 14.12.2020	



THÜR. LANDTAG POST
17.12.2020 08:24

31525/2020

TLMB • Jürgen-Fuchs-Straße 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Frau MR'in Nicole Baierl
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt,
14. Dezember 2020

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/1192)

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Vorlage 7/1319 NF)

Anhörung gemäß § 79 Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Baierl,

der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen bedankt sich für die Initiative der Fraktionen und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Ich unterstütze und befürworte den vorgelegten Änderungsantrag umfänglich, da damit gesetzliche Unklarheiten oder Widersprüche beseitigt und die Tätigkeit des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen, der kommunalen Behindertenbeauftragten und des Landesbeauftragten selbst noch einmal aufgewertet werden. Thüringen wird mit dem durch den Gesetzentwurf samt Änderungsantrag zum 01.01.2021 neu gefassten Gesetz eine bundesweit zu beachtende Vorreiterstellung einnehmen.

Weitere redaktionelle Ungereimtheiten im Gesetzestext oder Änderungsantrag sind mir während der Prüfung des Gesetzgebungsverfahrens aufgefallen und bitte ich in den Änderungsantrag zu integrieren (Änderungen fett und unterstrichen). Die Notwendigkeit der Nr. 7 des Änderungsantrags wird nicht gesehen, da beide Fassungen übereinstimmen.

Der Änderungsantrag erhält dann folgende Fassung:

1. Es wird eine neue Nummer 2 eingefügt:

„2. In § 11 Satz 1 wird nach dem Wort „kognitiven“ das Wort „psychischen“ eingefügt.“

Hausanschrift:
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

PF 90 04 55
99107 Erfurt

Tel.: (0361) 573118000
Fax: (0361) 573118010

www.thueringen.de/th10/bb/kontakt@tlmb.thueringen.de

2. Es wird eine neue Nummer 3 eingefügt:
"3. In § 12 Abs. 5 Satz 4 werden die Worte „hör- und sprachbehinderte" gestrichen"
3. **Die bisherigen Nummern 2 bis 6 werden die Nummern 4 bis 8 neu**
4. Nummer 4 b wird wie folgt gefasst:
"4. b) In Absatz 5 wird die Zahl "18" durch die Zahl "17" ersetzt.
5. Die bisherige Nummer 4 b wird zu Nummer 4 c neu.
6. In Nummer 5 a) werden nach den Worten „barrierefreien Raum-, Verkehrs-" die Aufzählung „Dokumenten-" und nach den Worten „und Internetgestaltung" die Worte „zu schulen und" eingefügt.
7. Nach Nummer 5 a) wird folgender Buchstabe b) - neu - eingefügt:
„b) Absatz I Nr. 8 erhält folgende Fassung: „dem Landtag und der Landesregierung einmal in der Legislaturperiode bzw. spätestens aller 5 Jahre über seine Tätigkeit. schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten"
8. Nummer 5 b) wird zu Nummer 5 c) -neu -.
9. In Nummer 6 a) werden nach den Worten „eines Landtagsbeschlusses" die Worte „zu Beginn einer Wahlperiode des Landtags" gestrichen.
10. Nummer 6 b) wird wie folgt gefasst:
"In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „zwölf"" durch das Wort „sechzehn" ersetzt."
11. Nach Nummer 7 a) werden zwei neue Nummern 7 b) und c) in folgender Fassung eingefügt:
„b) Abs. 4 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
„1. Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistages, des Gemeinderates oder der Gemeinschaftsversammlung,"
„c) Nach Absatz 6 wird ein neuer Absatz 7 angefügt:
„Ehrenamtliche Beauftragte sind in ihren Funktionen sowie ihren Rechten und Kompetenzen den hauptamtlichen Beauftragten gleichgestellt."
12. . Nummer 6 c) wird zur neuen Nummer 7 d) - neu - und erhält folgende Fassung:
„d) Nach Absatz 7 wird folgender neuer Absatz 8 angefügt:
"(8) Das Land fördert die Tätigkeit der hauptamtlich kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Beiräte für Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Ausgestaltung der Förderung bleibt einer Förderrichtlinie vorbehalten."

13. In Nummer 8 Satz 2 wird die Zahl „2022“ durch das Wort und die Zahl „spätestens 2024“ ersetzt.

14. In Artikel 2 wird nach den Worten „Dieses Gesetz tritt am“ das Datum geändert in „1. Januar 2021“.

Begründung:

Zu Nummer 1:

Während der Anhörung im Verfassungsausschuss am 27.11.2020 zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen (Drucksache 7/897 – Themenkomplex „Inklusion/behinderte Menschen stärken“ hat sich gezeigt, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigung sich eine stärkere rechtliche Anerkennung wünschen. Diesem Wunsch soll durch eine zukünftige Berücksichtigung in der Aufzählung des § 11 Satz 1 ThürGIG entsprochen werden.

Zu Nummer 2:

Mit der Änderung wird ein redaktioneller Fehler behoben, welcher die Unerheblichkeit der Hör-, oder Sprachbehinderung eines Kindes in der Kindertageseinrichtung mit dem schulischen Bereich gleichstellt.

Zu Nummer 3:

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen der Ziffern 1 und 2.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um die Behebung einer redaktionellen Fehlverweisung.

Zu Nummer 5:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 6:

Die in § 20 Abs. 1 und 3 vorgesehenen Änderungen bewirken zum einen, dass der Landesbeauftragte bei der Wahrnehmung seines umfassenden Prüfauftrages festgestellte Verstöße nunmehr vollumfänglich beanstanden kann und nicht lediglich Verstöße gegen das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen selbst. Zum anderen gehen mit dem Auftrag an den Landesbeauftragten im Bereich der barrierefreien Infrastruktur Prüfaufgaben wahrzunehmen, korrespondierende Beratungstätigkeiten einher, ohne die Prüfungen häufig nicht sinnvoll wahrgenommen werden können. Dies gilt gleichermaßen für das umfangreiche Themengebiet der baulichen und verkehrlichen Barrierefreiheit und der Barrierefreiheit von Dokumenten sowie auch für das noch weithin unbekannte barrierefreie Internet. Bei Letzterem dürfte mit Blick auf die Verpflichtungen aus der dem Thüringer. Gesetz über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen sowie zur Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes zugrundeliegenden EU-Richtlinie 2016/2102 ein nicht unerheblicher Beratungs- und Schulungsbedarf gegenüber den Kommunen und öffentlichen Unternehmen auf den Landesbeauftragten zukommen, sobald die Umsetzungsfristen am 23. September 2020 und 23. Juni 2021 (Artikel 12 Abs, 3 der Richtlinie) abgelaufen sind. Für diese Aufgabenwahrnehmung ist eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit, beim Landesbeauftragten einzurichten, um eine umfassende und interdisziplinäre Prüf- und Beratungstätigkeit gewährleisten zu können.

Zu Nummer 7

Die derzeitige Gesetzesfassung koppelt die Berichterstattung des Beauftragten an die Legislaturperiode, die gemäß Artikel-50. Absatz I Satz I der Thüringer Verfassung 5 Jahre dauert. Im Falle der unvorhersehbaren Verkürzung der Wahlperiode gemäß Artikel 50 Absatz 2 Thüringer

Verfassung bliebe für eine ungeplante Berichterstattung nur ein Zeitfenster von 70 Tagen (Art. 50 Abs. 2 Satz 2 ThürVerf), Dieser kurze Zeitraum erlaubt keine Ausfertigung eines sachgerechten Berichtes gegenüber Landtag und Landesregierung. Aus diesem Grund sollte die Berichterstattung von der Wahlperiode entkoppelt werden,

Zu Nummer 8:

Hierbei handelt es sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 9:

Mit dieser Formulierung wird einerseits vermieden, dass zu Beginn einer jeden Wahlperiode ein neuer Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gewählt werden muss. Der Landtag behält sich jedoch das Recht vor, über die Neuwahl des Gremiums zu befinden.

Zu Nummer 10:

Die in § 21 Abs. 2 formulierte starre Begrenzung auf zwölf Verbände wird der Vielfalt und dem Mitbestimmungs- und Teilhabebedürfnis von Menschen mit Behinderungen nicht gerecht, wie die aktuelle Konstituierung des Beirates gezeigt hat. Sie ist zu ändern, um über die festgelegte Verbändeanzahl hinaus auch andere Gruppen und Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen im Landesbeirat beteiligen zu können.

Zu Nummer 11:

Die Stärkung der Rechte und Kompetenzen - unabhängig von Haupt- oder Ehrenamt - der Beauftragten ist notwendig, damit die Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung umfänglich gewährleistet ist.

Zu Nummer 12:

Es handelt sich um formelle Änderungen und Korrekturen entsprechend der Stellungnahme des Gemeinde- und Städtebundes. § 22 Abs. 7 - neu - passt besser in § 22 als in § 21.

Zu Nummer 13

Die Änderung gegenüber der im Gesetz formulierten Regelung bezieht sich auf den Zeitpunkt der ersten Evaluation. Dieser wird mit der neuen Formulierung auf spätestens 2024 gesetzt. Die vorgeschlagene Neuformulierung führt eine Pflicht zur Evaluierung der mit dem Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einhergehenden Kosten ein, was angesichts der fehlenden Kostenfolgenabschätzung notwendig ist.

Zu Nummer 14:

Der Artikel 2 regelt das Inkrafttreten der Gesetzesänderung zum 1. Januar 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Leibiger

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -													
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung - Landesverband Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rudolstadt Str. 39 07745 Jena</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung - Landesverband Thüringen e.V.		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolstadt Str. 39 07745 Jena	Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung - Landesverband Thüringen e.V.												
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolstadt Str. 39 07745 Jena											
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen, deren Eltern/Mitglieder / Selbsthilfe / Eltern / Fachverbände etc.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Unsere Stellungnahme bezieht sich primär auf die Änderungen in den §§ 21 & 22. Wir bejahen die Möglichkeit, dass der a.B.S. einmal in 5 Jahren & nach Zwangsläufig zu Beginn einer jeden Wahlperiode berufen werden muss.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>jea, 13.10.2020</i>	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Landessportbund Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Werner - Seckebinderw - Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landessportbund Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner - Seckebinderw - Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landessportbund Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner - Seckebinderw - Str. 1									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Dachorganisation d. Thür. Vereins- & Verbands- sport; Interessenvertretung d. Thür. Sportvereine/-verbände	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Wir befürworten die Stärkung des Baufachkr. und den Ausbau des vorhandenen Personals für Berater . - Auch der Landesparlament wird Kreis- & Stadt- blinde, die kompetente Auswertung * innen in Form von komm. Baufragen benötigt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erstwt, 16.10.20	

24939/2020

Erfurt, 16.10.2020

Stellungnahme Landessportbund Thüringen e.V.

Anhörungsverfahren zur Drucksache 7/1192

„Sport für alle“ ist eines der großen Anliegen des DOSB und seiner Mitgliedsorganisationen. Der Sport besitzt die Möglichkeit, Menschen über Beeinträchtigungen hinweg zu verbinden und Inklusion zu leben. Somit ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Thüringer Sport ein wichtiges Thema.

Basierend auf den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention hat der 9. Landessporttag 2015 die Grundsatzerklärung „Inklusion im Thüringer Sport“ verabschiedet. Der Landessportbund Thüringen versteht Inklusion als eine selbstbestimmte, gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme von Menschen mit und ohne Behinderung im und durch den Sport.

Zudem sieht sich der Landessportbund Thüringen auch in seinen Grundsätzen und Werten in seiner Satzung dem Thema Inklusion verpflichtet:

„Der LSB Thüringen erkennt das Potenzial von Vielfalt im Sport und fördert die Inklusion in Form des gemeinsamen und gleichberechtigten Sporttreibens“ (§1 (9) Satzung des Landessportbundes Thüringen e.V.)

Der Landessportbund Thüringen und seine Mitgliedsorganisationen sehen Inklusion als Prozess der Teilhabe und die dadurch entstehende Vielfalt als Chance für den Sport und die gesamte Gesellschaft an. Daher hat sich der LSB Thüringen im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarung 2020 bis 2024 mit dem TMBJS dazu verpflichtet: „Sportler*innen in ihrer ganzen Vielfalt (zu) akzeptieren und an(zu)sprechen, um einen offenen und respektvollen Umgang im Sport zu fördern.“

Das vorliegende „Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ und der Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion stärkt die gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Behinderung und unterstützt die aktive Umsetzung der UN-BRK im Freistaat. Der LSB ist vom Geltungsbereich des Gesetzesentwurfs nicht erfasst, da er weder „Träger der öffentlichen Gewalt“ noch ein Verband nach §24 (3) ist. Daher werden wir nur zu ausgewählten Punkten Stellung nehmen.

Zu 3

Um den Grundsatz „Sport für alle“ gerecht zu werden, müssen entsprechende Rahmenbedingungen, wie barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume, geschaffen werden. Diese Rahmenbedingungen müssen Kommunen und Gemeinden vor Ort realisieren. Hierbei ist eine kompetente Beratung und Prüfung durch den Beauftragten bzw. eine entsprechende Fachstelle von großer Bedeutung und wünschenswert. Der Landessportbund selbst hat häufig auf die fachkundige Beratung durch den Beauftragten für Menschen mit Behinderung sowie seinem Büro, u.a. zu Themen wie: Barrierefreiheit ‚Haus des Sports‘, Barrierefreiheit ‚Landessportschule Bad Blankenburg‘, Barrierefreiheit

„Internetseite des Landessportbundes Thüringen“ und bei der Erstellung Maßnahmenplan für den Landessportbund Thüringen und seine Mitgliedsorganisationen zurückgegriffen.

Von daher begrüßen wir die Stärkung des Beauftragten sowie einen Ausbau der bisher vorhandenen Ressourcen zu einer „Landesfachstelle für Barrierefreiheit“.

Der Landessportbund Thüringen arbeitet seit 2015 kooperativ und vertrauensvoll mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung sowie seinem Büro zusammen. Verschiedene gemeinsame Projekte, wie der Thüringer Inklusionspreis im Sport, konnten umgesetzt werden.

Zu 4

Die Erweiterung des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung auf weitere Organisationen, wie beispielsweise Sportverbände (wie Th. Behinderten- und Rehabilitationsportverband, Special Olympics Deutschland in Thüringen oder Gehörlosen-Sportverband Thüringen), kann eine zusätzliche Perspektive auf die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung und die dort vorhandenen Barrieren und Bedarfe ermöglichen. Jedoch sollte bei der Größe des Gremiums die Arbeitsfähigkeit weiterhin sichergestellt werden.

Zu 5

Der Landessportbund Thüringen möchte für die erfolgreiche Umsetzung des Inklusionsprozesses im Sport seine Mitgliedsorganisationen und die Sportstrukturen zu Themen der Inklusion sensibilisieren, mögliche Maßnahmen gelungener Inklusion aufzeigen und sich gegenüber Politik und Verwaltung für die Bedürfnisse und Belang von Menschen mit Behinderung stark machen. Hierzu bedarf es auch auf Kreis- und Stadtebene kompetente Ansprechpartner*innen für die Inklusionsprozesse. Die kommunalen Beauftragten sollten als Netzwerkpartner, Beratungsstelle und Anlaufstelle für die Kreis- und Stadtsportbünde, Sportvereine sowie Menschen mit Behinderung dienen. Sie können dabei eine wichtige Stütze für die ehrenamtlichen Sportstrukturen darstellen, um den Kontakt zu Sportinteressierten herzustellen und beim Abbau von Barrieren im Bereich der Infrastruktur und Informationsverarbeitung helfen und sind somit unverzichtbar.

SD 2310.

THÜR. LANDTAG POST
23.10.2020 12:32

255/17/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Barrierefrei in Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>OT Neudietendorf</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bergstraße 11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99192 Nesse-Apfelstädt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Barrierefrei in Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	OT Neudietendorf	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bergstraße 11	Postleitzahl, Ort	99192 Nesse-Apfelstädt
	Name	Organisationsform									
	Barrierefrei in Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	OT Neudietendorf									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bergstraße 11									
Postleitzahl, Ort	99192 Nesse-Apfelstädt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vorsitzende des Vereins	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Aufbau einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit - Berufung der kommunalen Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in Hauptamtliche Tätigkeit - Erweiterung des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen auf 16 Sitze	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.10.2020	

THÜR. LANDTAG POST
21.10.2020 11:55

25253/2020

bith e.V.
Barrierefrei in Thüringen



Barrierefrei in Thüringen e. V. (bith e. V.)
OT-Neudietendorf | Bergstraße 11 | 99192 Nesse-Apfelstädt

Per Mail:

poststelle@thueringen-landtag.de

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Erfurt, 21.10.2020

Gesetz zur Änderung Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten“

Sehr geehrte Frau

vielen Dank für die Möglichkeit zum o. g. Gesetz Stellung zu nehmen.

Vorab möchte ich eine dringende persönliche Bitte an die Landtagsverwaltung formulieren, die jedoch nicht nur mich – als blinde Person – sondern alle Menschen mit Sehbehinderung betrifft und die ganz im Sinne der Umsetzung des hier in Rede stehenden Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG) steht: die Aufforderung zur Stellungnahme habe ich nur auf Papier und damit für mich nicht lesbar, also nicht barrierefrei erhalten. Die Hinweise auf die digitale Abrufbarkeit in Ihrem Anschreiben ist für mich natürlich ebenfalls nicht lesbar und insofern nutzlos.

Darin sehe ich einen Verstoß gegen das ThürGIG und bitte die Landtagsverwaltung dringend, künftig solche Dokumente barrierefrei zugänglich zu machen.

Zum Gesetzentwurf:

Aufgaben Landesbeauftragter / Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Wir erachten die Ausweitung der Befugnisse des Landesbeauftragten in § 20 Absatz 4 im Hinblick auf Internetgestaltung als sehr wichtig und angesichts der durch die EU-Richtlinie 2016/2102 vorgegebenen Thüringer Ausführungsgesetze als unvermeidlich.

Wir begrüßen ausdrücklich, die von vielen Vereinen und Verbänden seit Längerem geforderte Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit. Erst dadurch lassen sich die vielen – und jetzt gewachsenen – Aufgaben des Landesbeauftragten überhaupt umsetzen. Die Einrichtung der Fachstelle muss allerdings verbunden sein, mit der nötigen Personal- und Sachausstattung. Im Gesetzentwurf muss demzufolge eine klare Regelung aufgenommen werden.

Barrierefrei in Thüringen e.V. (bith e.V.)

OT-Neudietendorf
Bergstraße 11
99192 Nesse-Apfelstädt

E-Mail: info@bith-ev.de
Web: www.bith-ev.de

Die einzurichtende Fachstelle sollte aus unserer Sicht nicht nur beratend aktiv sein, sondern auch aktiv Schulungen anbieten ggf. zumindest organisieren und koordinieren. Dies bitten wir, in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Darüber greift der Begriff „Internetgestaltung“ zu kurz. Der Beauftragte und die Fachstelle müssen auch im Hinblick auf barrierefreie, digitale Dokumente beraten, schulen und überwachen.

Erweiterung des Landesbeirates (§ 21 ThürGIG)

Die aktuelle Situation im Landesbeirat belegt aus unserer Sicht, dass 12 Mitglieder im Beirat nicht das gesamte Spektrum von Vereinen und Verbänden von Menschen mit Behinderungen abbilden können. Insoweit halten wir eine Erweiterung für sinnvoll, schlagen aber eine Obergrenze von 16 stimmberechtigten Mitgliedern vor, um die Arbeitsfähigkeit des Gremiums zu erhalten. Die vorgeschlagene völlige Öffnung halten wir insofern für kontraproduktiv und lehnen sie ab.

Kommunale Beauftragten für Menschen mit Behinderungen (§ 22 ThürGIG)

Inzwischen gibt es in den meisten Landkreisen bzw. Kreisfreien Städten kommunale Beauftragte, doch sind sie oft nicht hauptamtlich aktiv oder haben einen nur geringen Stellenanteil für diese wichtige Tätigkeit. Wir begrüßen die Initiative der CDU-Fraktion hier eine stärkere Verpflichtung zur Einsetzung kommunaler Beauftragten einzuführen, vermissen jedoch die verbindliche Verpflichtung, hauptamtliche kommunale Beauftragte einzusetzen. Aus unserer Sicht bedarf es für eine adäquate Aufgabenbewältigung auf kommunaler Ebene der Einsetzung hauptamtlicher Beauftragten auf Vollzeitstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Landes Senioren Verband Thüringen</i></td> <td style="border: none;"><i>e. V.</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>Alfred Hess Str. 8</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><i>99094 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landes Senioren Verband Thüringen</i>	<i>e. V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Alfred Hess Str. 8</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99094 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Landes Senioren Verband Thüringen</i>	<i>e. V.</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Alfred Hess Str. 8</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99094 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Koordination Seniorenarbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Beachtung Personalbetreuung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

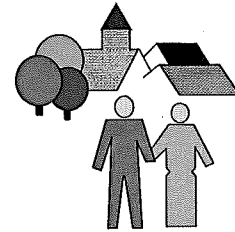
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
27.10.2021	

Landseniorenverband Thüringen e.V.

THÜR. LANDTAG POST
22.10.2020 10:13

25305/2020



Landseniorenverband Thüringen e.V., Alfred-Hess-Str. 8, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag

**Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung**

Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Landseniorenverband Thüringen e.V.
Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

19.10.2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landebeauftragten für Menschen mit Behinderung
Schriftliche Anhörung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend Ihres Schreibens vom 29.9.2020 erhalten Sie eine schriftliche Stellungnahme zum oben genannten Gesetz.

Der Landseniorenverband Thüringen e.V. begrüßt dieses Gesetz.

Die Erweiterung der Regelung auf gesetzlicher Grundlage ist notwendig.

Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass auf bestehende Regelungen und Fachkräfte zurück gegriffen werden muß.

Eine Berufung von Beauftragten und Beiräten ist immer mit Kosten und Zeit verbunden.

Neue Stellen zu schaffen, ist nicht immer die beste Lösung. Vorhandenes Potential ist zu nutzen.

Allein im Ehrenamt ist so etwas nicht zu leisten.

In bestehenden Stellen und Funktionen gilt es die Kompetenzen und Wirkungsweisen zu verbessern. und der Situation des sich weiter entwickelten Personenkreises im Bereich der Behinderung anzupassen.

Landesbeauftragte sollte nicht vorrangig eine Prüffunktion wahrnehmen sondern, die Aktivitäten der vielen sich mit der Problematik Behinderung befassenden Vereine und Institutionen koordinieren und gegebenenfalls beratend regulierend eingreifen.

Wir möchten nach darauf hinweisen, dass die Problematik dieses Gesetzes im ländlichen Raum etwas anders betrachtet werden muß, als in den Städten.

Das sollte vielleicht in dem § 22 Beachtung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsabteilung

Vereinsregister
VR 161608
Amtsgericht Erfurt
Str.Nr. 151/141/20410

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</i> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>Thüringer Landtag</i> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>Jäger-Fuchs-Straße 1</i> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> <i>99096 Erfurt</i> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Thüringer Landtag</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jäger-Fuchs-Straße 1</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</i>										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Thüringer Landtag</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Jäger-Fuchs-Straße 1</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Stadtverwaltung Ilmenau Inklusionsbeauftragter der Stadt Ilmenau Am Markt 7-c 98693 Ilmenau
<i>Ilmenau 03.11.20</i>	<i>[Signature]</i>

Große kreisangehörige Stadt



Goethe- und Universitätsstadt

Stadt Ilmenau

Inklusionsbeauftragter

Stadtverwaltung Ilmenau • Am Markt 7 • 98693 Ilmenau

E-Mail: inklusionsbeauftragter@ilmenau.de

Die Geschäftsstelle des Landesbehindertenbeauftragten

De-Mail: info@ilmenau.de-mail.de

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon:

Telefax:

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Datum:

21.10.2020

Den Mitgliedern des
AFSAGG

THÜR. LANDTAG POST
27.10.2020 12:40

25739/2020

- Thüringer Landtag
Zuschrift
7/635

zu Drs. 7/1192

Stellungnahme der LAG der kommunalen Behindertenbeauftragten zum Änderungsgesetz des ThürGIG gem. § 79 GO des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu der vorgestellten Novelle des ThürGIG, eingereicht durch die CDU Fraktion im Thüringer Landtag, nimmt die LAG der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen des Landes Thüringen wie folgt Stellung:

Grundsätzlich begrüßt die LAG die vorgeschlagene Novelle und unterstützt diese in vollem Umfang. Jedoch rät die LAG zu weiteren Anpassungen in nachfolgenden Punkten:

1. § 22 Abs. 2 Satz 2 2. Wort „sollen“ zu ersetzen durch „müssen“.

Begründung: Durch die Änderung werden die entsprechenden Städte, Gemeinden, Landkreise verpflichtet, die Beauftragten direkt den genannten Stellen beizuordnen. Nach dem Gesetzeswortlaut müssen Sie dies aktuell nicht zwingend tun. Dies hat sodann zur Folge, dass die Beauftragten in Ihrer Unabhängigkeit beschnitten werden. Daher ist eine entsprechende Änderung einzuführen.

2. § 22 Abs. 4 Nr.1 „Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung.“ **zu ändern in:** „Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung sowie Ausschüssen“

Begründung:

Es gibt hin und wieder Unstimmigkeiten hinsichtlich der rechtlichen Stellung der kommunalen Beauftragten da hier mithin zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen Unterschiede gemacht werden. Die Vorgeschlagene Änderung würde sich mindestens positiv auf die Mitwirkung in den vorgenannten Gremien auswirken. Für denkbar halten wir dahingehend auch die Schaffung eines Absatzes 7 in § 22 „Ehrenamtlich tätige Beauftragte sind hinsichtlich Ihrer Rechte einem Haupt beziehungsweise Nebenamtlichen Beauftragten gleichzustellen.“

Weiterhin möchten wir uns dafür aussprechen, dass die Mitgliederzahl des Landesbehindertenbeirates überdacht wird. Mehrheitlich würde eine Erhöhung der Mitgliederzahl seitens der LAG begrüßt. Wir haben angeregt zum Thema Besoldung der Beauftragten diskutiert. Ergebnis der Diskussion war, dass es grundsätzlich zu begrüßen sei, die Beauftragten mindestens mit einer halben Stelle fest anzustellen. Um jedoch den ehrenamtlich tätigen auch weiterhin zu ermöglichen, ihr Amt auszuführen, raten wir dazu die Festanstellung, wie vorgesehen, nicht generell verpflichtend zu machen. Jedoch, sollte der Stellenanteil bei hauptamtlich Beschäftigten auf Städte und Gemeindeebene mindestens fünfzig v.H. betragen. Für die Kreise und auch die kreisfreien Städte soll es hingegen verpflichtend sein, eine volle, hauptamtliche Stelle für Ihre Beauftragten zu schaffen. Hier herrscht ein besonders hoher Arbeitsaufwand, der durch eine halbe Stelle oder gar weniger, nicht abgedeckt werden kann. Die Besoldung soll sich an der Position des /der Gleichstellungsbeauftragten orientieren (EG10 TVÖD). Die Positionen sind in Ihrer Bedeutung absolut vergleichbar. In diesem Zusammenhang sollte ggf. auch darüber nachgedacht werden, eine Mindestaufwandsentschädigung für die ehrenamtlich tätigen im Gesetz zu verankern. Vielerorts steht die gezahlte Aufwandsentschädigung tatsächlich in keinem Verhältnis zum „Aufwand“ den die eingesetzten Kollegen betreiben. Es soll hier aber darauf geachtet werden, dass der Charakter einer Aufwandsentschädigung erhalten bleibt. Eine Verpflichtung zur Festanstellung halten wir jedoch wie bereits erwähnt für nicht zielführend. Die Neuregelung der Besoldung des Landesbehindertenbeauftragten unterstützen wir ausdrücklich. Die Neuregelung des §22 Abs.1 Wird durch die LAG einhellig positiv bewertet:

Einhergehend mit der Novellierung des ThürGIG regen wir an, auch die Kostenerstattungsätze für Gebärdendolmetscher einer Revision zu unterziehen, da diese nicht mehr zeitgemäß sind.

Wir bitten um Berücksichtigung der von uns vorgebrachten Punkte bei der finalen Formulierung des Änderungsgesetzes zum ThürGIG.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Landesarbeitsgemeinschaft

Inklusionsbeauftragter der Stadt Ilmenau

28423/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!


Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Sozialverband VdK Landesvertretung Thür.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lohstedter Straße 107</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07749 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Sozialverband VdK Landesvertretung Thür.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lohstedter Straße 107	Postleitzahl, Ort	07749 Jena
	Name	Organisationsform									
	Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Sozialverband VdK Landesvertretung Thür.									
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lohstedter Straße 107										
Postleitzahl, Ort	07749 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Sozialpolitische Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 12.11.2020	

SOZIALVERBAND

 HESSEN-THÜRINGEN
 Geschäftsstelle Thüringen
 Löbstedter Str. 107 • 07749 Jena
 Tel. (0 36 41) 28 89-0 • Fax: (0 36 41) 28 89-33
www.vdk.de/hessen-thueringen

THUR. LANDTAG POST
27.10.2020 07:49
25656/20

SOZIALVERBAND

VdK

HESSEN-THÜRINGEN



Sozialverband VdK Geschäftsstelle Thüringen · Löbstedter Straße 107 · 07749 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle Thüringen

Löbstedter Straße 107 07749 Jena
Telefon: 0 36 41 - 28 89-0
www.vdk.de/hessen-thueringen

Geschäftsführung

Jena, 21.10.2020

Betr.:

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU

-Drucksache 7/1192-

Hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst dürfen wir und herzlich bei Ihnen bedanken, dass wir die Möglichkeit erhalten zu diesem von der CDU-Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurf zum Thüringer Gleichstellungsgesetz Stellung zu beziehen.

Wie Sie wissen war und ist dieses Gesetz stets eine Herzensangelegenheit unseres Verbandes

gewesen. Wir haben nicht nur für dessen Einführung, sondern auch für dessen Umsetzung gekämpft. Daher freut uns der Vorschlag der CDU-Fraktion sehr, denn grundsätzlich wir von uns alles unterstützt, dass die Position des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen stärkt, denn damit steht und fällt die Bedeutung dieses Gesetzes.

Im Einzelnen:

Zu 1)

Die Änderung wird von uns zweifelsfrei mitgetragen, zumal es schon früher eine Forderung des VdK war. Die Unterscheidung zwischen eigenem und angemieteten Flächen ist nie nachvollziehbar gewesen.

Insofern geht die Begründung des Antrages richtigerweise davon aus, dass es für den Bürger nicht nachvollziehbar und im Notfall nicht erkennbar ist, ob eine öffentliche Stelle in landeseigenen Immobilien ansässig ist oder lediglich in angemieteten. Folgerichtig ist daher auch, dass der Landesbeauftragte anzuhören ist.

Zu 2)

Hinsichtlich der Besoldung ist für uns noch nicht einmal die tatsächliche Höhe der Entlohnung, sondern viel mehr die damit verbundene Wertschätzung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung verbunden.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass in dem Zusammenhang eine Gleichstellung zu weiteren Landesbeauftragten vollzogen wird und die Benachteiligung beseitigt wird.

Zu 3)

Diese Änderung im Gleichstellungsgesetz wird von uns besonders unterstützt, war es doch stets eine Kernforderung unseres Verbandes. Es ist bekannt, dass wir stets der Auffassung waren, dass wir eine Landesfachstelle, vergleichbar der Bundesfachstelle, benötigen, damit der Landesbeauftragte überhaupt in die Lage versetzt wird seine umfangreichen Aufgaben wahrzunehmen.

Andere Bundesländer zeigen uns, wie es funktionieren kann, wie z. B. Sachsen-Anhalt oder – und dies bereits seit 30 Jahren- der Freistaat Bayern.

Die Aufgaben und insbesondere die Prüfaufträge des Landesbeauftragten sind richtigerweise sehr umfangreich. Dazu kommen die korrespondierenden Beratungstätigkeiten.

Um all dies gewährleisten zu können, ist die Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit alternativlos. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass der gesetzliche Auftrag ad absurdum geführt wird.

Zu 4)

Begrüßt wird der Vorschlag die Amtszeit des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung nicht an die Wahlperiode zu binden. Der Landesbeirat muss für eine kontinuierliche und verlässliche Arbeit stehen und darf dabei nicht an politische Unstimmigkeiten gekoppelt sein. Das beste Beispiel steht gerade an. Der Landesbeirat, der gerade seine Arbeit aufgenommen hat, müsste diese schon sehr bald wieder einstellen, wenn im kommenden April tatsächlich ein neuer Landtag gewählt wird.

Die Begrenzung auf zwölf Verbände sollte, zumindest zunächst, beibehalten werden. Da zwingende Voraussetzung bleiben sollte, dass es sich um Verbände handelt, die von landesweiter Bedeutung sind, ist unseres Erachtens die Vielfalt gewahrt.

Im Übrigen ist das Gremium schon zum heutigen Zeitpunkt größer, durch die Hinzuziehung zahlreicher weiterer Personen, wenn auch ohne Stimmrecht.

Zu 5)

Auch die verpflichtende Einführung von kommunalen Beauftragten war stets eine Forderung unseres Verbandes. Nur mit diesen Beauftragten „vor Ort“ wird es gelingen die zahlreichen Fragestellungen, die zukünftig noch verstärkt sein werden, ordnungsgemäß, also im Sinne der Menschen mit Behinderung zu bearbeiten.

Zudem wird es ansonsten zu Ungleichbehandlungen innerhalb unseres Freistaates kommen, wenn es weiterhin eine freiwillige, kommunale Leistung bleibt. Natürlich kann in gewisser Weise nachvollzogen werden, dass die Kommunen nicht vollumfänglich begeistert sein

werden. Daher sollte überlegt werden inwieweit die Kommunen in diesem Punkt eine finanzielle Unterstützung erfahren könnten.

Hierzu ist die Richtlinie zur Förderung von Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen bei Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates Thüringen, die im Thüringer Staatsanzeiger vom 19.10.2020 veröffentlicht wurde, ein erster und richtiger Schritt.

Zu 6)

Die Einführung des Zeitpunktes der ersten Evaluation auf das Jahr 2022 zu setzen, erfährt unsere vollste Zustimmung. Wir halten diesen Zeitpunkt für richtig gewählt, um erstmalig im Landtag einen solchen Bericht vorzulegen. Bis dahin sollten verwertbare Ergebnisse vorliegen, zu dem ist der Zeitpunkt auch zeitnah genug gewählt.

Lassen Sie uns abschließend nochmals zum Ausdruck bringen, dass wir mit dem eingebrachten Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion vollends mitgehen und uns für dessen Eingabe ausdrücklich bedanken. Hiermit würden noch offen gebliebene Kernforderungen unseres Verbandes, umgesetzt werden.

Gerne stehen wir auch für weitergehende Gespräche zur Verfügung.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesverband der Hörschädlichen Thüringer</td> <td>L.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Röfne Str. 126</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99427 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesverband der Hörschädlichen Thüringer	L.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Röfne Str. 126	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99427 Jena
	Name	Organisationsform									
	Landesverband der Hörschädlichen Thüringer	L.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Röfne Str. 126									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99427 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Vertretung von Hörgeschädigten Beratung von Hörgeschädigten in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Einrichtung einer Fachstelle Barrierefreiheit bei BLS	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar 12.11.2020	

Landesverband der Hörschädigten Thüringen e.V.
Rießner Str. 12 b
99427 Weimar
Tel./Fax 03643 / 45 79 35 8



Landesverband der Hörgeschädigten Thüringen e. V.

Interessenverband der Schwerhörigen, Ertaubten, Tinnitus-Betroffener und CI-Träger



THÜR. LANDTAG POST
28.10.2020 09:56

25818/2020

Landesverband der Hörgeschädigten Thüringen e. V.
Rießner Straße 12b, 99427 Weimar
Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Jürgen Fuchs Str.1
99096 Erfurt

Antwort erbeten an:

Landesvorsitzender
Berater
Pablo-Neruda-Straße 17
99427 Weimar

@ schwerhoerige_weimar@web.de
http://www.schwerhoerige-thueringen.de
Landesberatungsstelle:
Postfach 26 09, 99407 Weimar,
Rießnerstraße 12b, 4. Etage,
99423 Weimar

Stellungnahme des Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V. zur Novelle des ThürGIG gem. § 79 GO des Thüringer Landtages Drucksache 7/1192

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der vorgestellten Novelle des ThürGIG, eingereicht durch die CDU Fraktion im Thüringer Landtag, nimmt das **Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V** wie folgt Stellung:

Grundsätzlich begrüßt das **Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V** die vorgeschlagene Novelle und unterstützt diese in vollem Umfang. Jedoch schlägt das **Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V** zu weiteren Anpassungen in nachfolgenden Punkten:

1. §22 Abs. 2 Satz 2 2. Wort „sollen“ zu ersetzen durch „müssen“.

Begründung: Durch die Änderung werden die entsprechenden Städte, Gemeinden, Landkreise verpflichtet, die Beauftragten direkt in die Verwaltung einzugliedern. Nach dem Gesetzeswortlaut müssen Sie dies aktuell nicht zwingend tun.

2. § 22 Abs. 4 Nr.1 „Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung,“ **zu ändern in:** „Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung sowie Ausschüssen“

Begründung:

Es gibt hin und wieder Unstimmigkeiten hinsichtlich der rechtlichen Stellung der kommunalen Beauftragten da hier mithin zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen Unterschiede gemacht werden. Die Vorgeschlagene Änderung würde sich mindestens positiv auf die Mitwirkung in den vorgenannten Gremien auswirken. Für denkbar halten wir auch die Schaffung eines Absatzes 7 in § 22 „Ehrenamtlich tätige Beauftragte sind hinsichtlich Ihrer Rechte einem Haupt beziehungsweise Nebenamtlichen Beauftragten gleichzustellen.“

Weiterhin möchten wir uns dafür aussprechen, dass die Mitgliederzahl des Landesbehindertenbeirates überdacht wird. Mehrheitlich würde eine Erhöhung der Mitgliederzahl seitens des **Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V** begrüßt werden. Wir haben angeregt zum Thema Besoldung der Beauftragten zu diskutieren. Ergebnis der Diskussion war, dass es grundsätzlich zu begrüßen sei, die

Beauftragten der Kommunen mindestens mit einer halben Stelle fest anzustellen. Um jedoch den ehrenamtlich tätigen auch weiterhin zu ermöglichen, ihr Amt auszuführen, raten wir dazu die Festanstellung, wie vorgesehen nicht verpflichtend zu machen. Jedoch, sollte der Stellenanteil bei hauptamtlich Beschäftigten mindestens fünfzig v.H. betragen. In diesem Zusammenhang sollte ggf. auch darüber nachgedacht werden, eine Mindestaufwandsentschädigung im Gesetz zu verankern.

Die Einrichtung von Behindertenbeiräten als Unterstützung der Beauftragten ist zu befürworten. Insbesondere das gute Beispiel von Weimar, ist als Vorbild zu nehmen. Vielerorts steht die gezahlte Aufwandsentschädigung tatsächlich in keinem Verhältnis zum „Aufwand“ den die kommunalen Beauftragten betreiben. Eine Verpflichtung zur Festanstellung halten wir jedoch für nicht zielführend, da Beauftragten die ehrenamtlich tätig sind dann ihr Amt ggf. niederlegen müssten. Die Neuregelung der Besoldung des Landesbehindertenbeauftragten unterstützen wir ausdrücklich. Die Neuregelung des §22 Abs.1 Wird durch das **Landesverbandes der Hörgeschädigten Thüringen e.V** einhellig positiv bewertet.

Einhergehend mit der Novellierung des ThürGIG regen wir abschließend an, auch die Kostenerstattungsätze für Gebärdendolmetscher/Schriftdolmetscher einer Revision zu unterziehen, da diese nicht mehr zeitgemäß sind.

Mit freundlichen Grüßen

—

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Vorsitzende der AGSV Thür.</td> <td>Arbeitsgemeinschaft der schwerbehindertenvertretungen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o TMJK</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Steigerstraße 24</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Vorsitzende der AGSV Thür.	Arbeitsgemeinschaft der schwerbehindertenvertretungen	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o TMJK	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steigerstraße 24	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Vorsitzende der AGSV Thür.	Arbeitsgemeinschaft der schwerbehindertenvertretungen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o TMJK									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steigerstraße 24									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst Thüringer</i>	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Landesfachstelle für Barrierefreiheit dringend notwendig - Stärkung des Landesbeauftragten (personell, finanziell, für Menschen mit Behinderungen sowie Sachmittel) 	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.10.2020	

**Thüringer Ministerium
 für Inneres und Kommunalpolizei**
 Hauptschwerbehindertenvertretung der Thüringer Polizei
 Steigerstraße 24
 99096 Erfurt

**Arbeitsgemeinschaft
der Schwerbehindertenvertretungen
bei den obersten Landesbehörden im Freistaat Thüringen
- AGSV Thüringen -**



AGSV Thüringen ·
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales · Stelgerstraße 24 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/654
zu Drs. 7/1192

THUR. LANDTAG POST
28.10.2020 15:28
25940/2020

Unser Zeichen

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Datum
26.10.2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/1192 –

**Den Mitgliedern des
AfSAGG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf.
Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden im Freistaat Thüringen unterstützen den vorliegenden Gesetzentwurf ausdrücklich.

Die physische und digitale Barrierefreiheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass Inklusion gelingen kann und bezieht sich auf alle Bereiche. Insbesondere auch im beruflichen Alltag führt die mangelhafte Barrierefreiheit immer noch regelmäßig zur Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Hier gibt es dringenden Unterstützungs- und fachkundigen Beratungsbedarf.

Zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ist es erforderlich die Landesfachstelle für Barrierefreiheit umgehend einzurichten und angemessen mit Personal, Sachmitteln und einem Budget auszustatten. Auch darf die Barrierefreiheit niemals unter dem Kostenvorbehalt stehen und die Landesverwaltungen müssen endlich aktiv mit guten Beispielen vorangehen.

Der Vielfalt und Bedeutung der Aufgaben des Landesbehindertenbeauftragten muss sich auch wie vorgeschlagen und analog den anderen Beauftragten in der Besoldung widerspiegeln.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 60
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung für die Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion nimmt einige bereits bestehende Forderungen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen auf. Dazu gehört die Einrichtung einer Fachstelle, eine angemessenen Besoldung des Landesbeauftragten, die Ausweitung einiger Befugnisse des Landesbeauftragten, eine stärkere Verpflichtung für Kommunale Behindertenbeauftragte, die Aufweichung der „starren“ Bindung der Amtszeit der Mitglieder im LBB und dessen optionale „Vergrößerung“.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
- Gfint, 28/10/2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



THUR. LANDTAG POST
29.10.2020 10:02

26050/2020

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchsstr. 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen
Drs. 7/1192

unsere Zeichen

Erfurt,
28.10.2020

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. zum
Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zum „Gesetz zur Änderung Thüringer Gesetzes
zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen -
Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf bedanken. Weiter ist es uns wichtig im Sinne der Barrierefreiheit, welche dieser Gesetzesentwurf zum Thema hat, folgenden Hinweis zu geben.

Wir bitten dringend, die Aufforderungen zur Stellungnahme einschließlich der benötigten Unterlagen künftig barrierefrei zu versenden. Erneut haben wir die Unterlagen lediglich auf Papier und somit für blinde und sehbehinderte Menschen, die wir in die Erarbeitung von Stellungnahmen einbeziehen, nicht barrierefrei erhalten. Dies gilt insbesondere auch für die Anschreiben.

Im Folgenden die Anmerkungen und Hinweise zum Gesetzentwurf:

Artikel 1

Nr 1. § 10 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a.) In Satz 1 wird das Wort "landeseigenen" gestrichen
- b.) In Satz 2 werden nach dem Wort "Ministerium" die Worte "und nach Anhörung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen" eingefügt und das Wort "landeseigene" gestrichen.

Zu a) und b) Wir begrüßen die Ausdehnung der Berichtspflicht auf alle Gebäude von Trägern der öffentlichen Gewalt. Das – wie vorgeschlagen – der Landesbeauftragte nunmehr bei der Erfassung von Ausnahmen einbezogen werden soll, ist nur konsequent.

Im Übrigen schlagen wir vor, die Anforderungen an die Berichterstattung und die Ausnahmeregelungen bei allen Bestandsgebäuden im Einvernehmen mit dem BMB zu konkretisieren und jeweils abzustimmen.

Des Weiteren müssen die Berichte nach Absatz 2 veröffentlicht und sollten der entsprechenden Arbeitsgruppe zur Erstellung des Maßnahmenplans rechtzeitig zur Befassung zugänglich gemacht werden.

Nr. 2 § 19 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe "A 16" durch die Angabe "B 3" ersetzt.**
- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Worte "oder einer kommunalen Vertretungskörperschaft" gestrichen.**

Zu a) Die vorgeschlagene Angleichung der Besoldung an die Besoldung des Bürgerbeauftragten halten wir für angemessen und angesichts des deutlich gewachsenen Aufgabenfeldes für notwendig.

Zu b) Aus Sicht der LIGA FW ist die Unabhängigkeit des/der Landesbeauftragten auch bezüglich der kommunalen Ebene erforderlich. Die vorgesehene Streichung lehnen wir insoweit ab.

Nr. 3 § 20 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:**
"4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum-, Verkehrs- und Internetgestaltung zu beraten und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,"
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte "Bestimmungen dieses Gesetzes" durch die Worte "in Absatz 1 Nr. 1 genannten Rechtsvorschriften" ersetzt.**

Zu a)
 Der Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, zumal das Aufgabenfeld des Landesbeauftragten quantitativ und qualitativ gewachsen ist.

Die Landesfachstelle muss jedoch unbedingt über die notwendige Personal- und Sachausstattung verfügen. Konkrete Vorgaben hierfür müssen vor in Kraft treten des Gesetzes verbindlich geregelt werden.

Die Personal- und Sachausstattung muss so ausgelegt sein, dass die Landesfachstelle neben Beratung auch Schulungen in den genannten Bereichen und für die genannten Zielgruppen durchführen bzw. koordinieren und organisieren kann. Die vorgeschlagene Formulierung in Nr. 4 wäre also wie folgt zu ergänzen:

*„4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum-, Verkehrs- und Internetgestaltung zu beraten, **zu schulen** und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,"*

Die Formulierung in Nr. 4. (neu) umfasst im Hinblick auf die Digitalisierung lediglich „Internetgestaltung“ und lässt damit die Thematik barrierefreier Dokumente außen vor. Wir schlagen vor, dies entsprechend aufzunehmen.

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass die Landesfachstelle in ihre Arbeit weitere Experten einbezieht, darunter auch selbst von Behinderung betroffene Experten.

Zu b)

Wir sehen hier eine Stärkung des Landesbeauftragten und unterstützen daher die vorgeschlagene Änderung.

Nr. 4 § 21 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen beruft einmal in fünf Jahren oder aufgrund eines Landtagsbeschlusses zu Beginn einer Wahlperiode des Landtags auf Vorschlag von Verbänden und Institutionen, zu deren satzungsgemäßen Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehört, einen Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen."

b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "zwölf" gestrichen. c)

c) Nach Absatz 5 wird folgender neue Absatz 6 angefügt:

"(6) Das Land soll die Tätigkeit sowie die Projekte der Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Beiräte für Menschen mit Behinderungen durch das für die Sozialpolitik zuständige Ministerium im Rahmen einer Projektförderung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fördern. Die Ausgestaltung der Förderung bleibt einer Förderrichtlinie vorbehalten."

Zu a)

Die Koppelung der Amtszeit der Beiratsmitglieder an die Wahlperiode des Landtages entbehrt jeder inhaltlichen Grundlage. Insoweit unterstützen wir es, die Amtsperiode künftig davon unabhängig und für fünf Jahre festzulegen.

Uns erschließt sich aber nicht, warum der Landtag dennoch die Möglichkeit haben soll, die Berufung der Beiratsmitglieder zu beschließen.

Zu b)

Aus unserer Sicht ist die bisherige Obergrenze (zwölf) zu niedrig angesetzt, wie auch die Teilnahme der derzeit als „Gäste“ zugelassenen Vereine belegt. Andererseits würde der Wegfall der Obergrenze aus unserer Überzeugung die Arbeitsfähigkeit des Gremiums gefährden.

Insoweit schlagen wir vor, die Obergrenze auf 16 festzulegen und die vier zusätzlichen Plätze aus dem Kreis der jetzigen Gäste auszuwählen.

Zu c):

Die Unterstützung der Kommunen bei der Einsetzung kommunaler Behindertenbeauftragter und deren Tätigkeit ist sehr zu begrüßen. Die Formulierungen in Absatz 6 neu sind jedoch sehr unverbindlich gefasst und lassen zudem die notwendige Kontinuität im Hinblick auf die Planungssicherheit in den Kommunen vermissen.

Insofern schlagen wir vor, die Unterstützung als institutionelle Förderung anzulegen.

Nr. 5 § 22 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte berufen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften können einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen berufen. Neben diesen Beauftragten können die Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften für ihren Zuständigkeitsbereich einen Beirat für Menschen mit Behinderungen einrichten."

Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen kommt eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Ihr Aufgabenfeld ist dementsprechend weit gefasst (§ 23 Abs. 4 ThürGIG). Insofern ist es notwendig die bisherige Freiwilligkeit zur Einsetzung kommunaler Beauftragter durch eine Verpflichtung zur ersetzen.

Das aber wird dann ins Leere laufen, wenn nicht gleichzeitig die Verpflichtung zur Hauptamtlichkeit in Vollzeitstellen erfolgt. Insofern fordern wir, dies in das Gesetz aufzunehmen.

Nr. 6 § 26 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Landesregierung evaluiert unter Beteiligung des Landtags, der einen eigenen Bericht vorlegen kann, die Wirkung des Gesetzes alle sechs Jahre und berichtet dem Landtag alle sechs Jahre durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium über das Ergebnis der Evaluation. Der Bericht erfolgt erstmals 2022 und muss auch Angaben zum Stand der Barrierefreiheit der Bestandsgebäude nach § 10 Abs. 2 und Angaben zu den Kostenfolgen des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen für die Kommunen enthalten."

Wir begrüßen die Entkoppelung der Berichtspflicht von der Legislaturperiode sowie die Ausdehnung auf eine Kostenfolgeaufstellung. Die erstmalige Berichterstattung bereits 2022 halten wir angesichts der Dynamik, gerade die digitale Barrierefreiheit betreffend, für dringend geboten. Dagegen sollte es beim bisherigen Evaluationsrhythmus von 5 Jahren bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1. bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen		
- Drucksache 7/1192 -		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
bei juristischen Personen	Name	
	Organisationsform	
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	
	Eingetragener Verein	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	
	Richard-Breslau-Straße 14	
Postleitzahl, Ort		
	99094 Erfurt	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Konstruktive Bewertung des Gesetzentwurfes mit Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	

☐ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Erfurt, 29. Oktober 2020	Unterschrift	
--------------------------	--------------	--

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">gemeinnützig eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Hans-Grundig-Str. 25</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">↓ ↓</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99099 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.	gemeinnützig eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hans-Grundig-Str. 25	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓ ↓	Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.	gemeinnützig eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Hans-Grundig-Str. 25										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	↓ ↓										
Postleitzahl, Ort	99099 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Beratung, Anleitung, Betreuung für Menschen mit Hörbehinderung (Hilfe zur Selbsthilfe) bzgl. Teilhabe + Inklusion	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> Fachstelle des Landes für Menschen mit Behinderungen positiv angenommen Formfehler im ThürGlG mit Empfehlung zu beseitigen Anleitung mit Entwurf zur Realisierung von Barrierefreiheit 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7:	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Chemnitz, 29.10.2020	

Den Mitgliedern des AfSAGG

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/668

zu Drs. 7/1192



Seite 1

Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.
Hans-Grundig-Str. 25, 99099 Erfurt

Bearbeiter:

Tel. (TeleSign):

SMS/Whatapp:

Fax:

e-Mail:

Internet: www.lvgth.de

Sprechzeit: dienstags 9-12 Uhr
donnerstags 9-18 Uhr

Ort, Datum: Erfurt, 29.10.2020

Thüringer Landtag

Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
29.10.2020 15:20

2625/20

Stellungnahme

im Anhörungsverfahren (Drs 7/1192) gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
aus Sicht folgender Verbände:

- Landesverband der Gehörlosen Thüringen e.V.
- Verein für bilinguale Bildung in Deutscher Gebärdensprache und Deutscher Lautsprache e.V.
- Gehörlosensportverband Thüringen e.V.

zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (Drucksache 7/1192)

Sehr geehrte Vorsitzende des Ausschusses, Frau Dr.med. Klisch,
sehr geehrte Mitgliederinnen und Mitglieder des Ausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanken wir uns herzlich für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Thüringer CDU-Fraktion zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG) zwecks der Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen - insbesondere durch die Errichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit.

Wir begrüßen die Errichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit und möchten dazu folgendes anmerken: Der Aufgabenbereich der Landesfachstelle für Barrierefreiheit darf sich nicht nur auf die Raum-, Verkehrs- und Internetgestaltung beschränken, sondern muss sich auch auf die Gestaltung von verschiedenen Bereichen nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 erstrecken, wie Kommunikation, Information, Medien, Bildung, Wissenschaft, Arbeit, Wirtschaft, Verbraucherschutz, Justiz, Gesundheit, Familie, Teilhabe am politischen, öffentlichen, gemeinschaftlichen und kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit, Tourismus, Sport etc. in der thüringischen Inklusionslandschaft.

Mitglied im Deutschen Gehörlosen Bund e.V.
Förderverein der Gehörlosen u. Hörbehinderten e.V. (BRD)
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband e.V. LV Thüringen

Empfänger: Landesverband der Gehör./Thür. e.V.

Institut:

IBAN:

BIC:

Steuer-Nr.

Vorstand:

e-Mail:

Unter diesem Umstand empfehlen wir, eine Änderung im Entwurf der CDU-Fraktion vorzunehmen:

§ 20 Absatz 1 Nr. 4 wird geändert und erhält folgende Fassung:

„4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der Gestaltung zur Schaffung einer barrierefreien und inklusiven Gesellschaft nach dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu beraten und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,“

Weiterhin möchten wir Sie auf die dem TMASGFF und auch dem Landesbehindertenbeirat bereits bekannte Problematik mit dem § 12 Absatz 5 des ThürGIG hinweisen. In diesem Paragraphen wird geregelt, dass hörbehinderte Eltern die Kosten für die Kommunikation mit Kita oder Schule mittels Gebärdensprachdolmetschern erstattet bekommen. Der Anspruch besteht entweder gegenüber dem Schulamt oder dem Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt, als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Durch die Begrenzung auf „hör- oder sprachbehinderte Kinder“ im letzten Satz des Absatzes 5 werden allerdings hörbehinderte Eltern mit hörenden Kindern kategorisch von diesem Anspruch auf die Verwendung von Gebärdensprache für die Kommunikation mit der Kindertageseinrichtung ausgeschlossen:

„Der Anspruch für die Erstattung der notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung richtet sich gegen den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, als örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in deren Zuständigkeitsbereich das hör- oder sprachbehinderte Kind die Kindertageseinrichtung besucht.“

Aufgrund dieses „Formfehlers“ des §12 Absatz 5 des ThürGIG lehnten bereits mehrere Jugendämter von Thüringer Städten und Landkreisen Anträge von hörbehinderten Eltern hörender Kinder auf die Kostenübernahme für Gebärdensprachdolmetscher in der Kindertagesstätte ab.

Deshalb möchten wir Sie darum bitten, eine Änderung in der Formulierung des §12 Absatz 5 des ThürGIG herbeizuführen, um diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen und für hörbehinderte Eltern von hörenden Kindern Rechtssicherheit zu schaffen.

Wir empfehlen daher folgende Änderung im §12 Absatz 5 Satz 4 vorzunehmen:

Streichung der Wörter „hör- oder sprachbehinderte“. Somit erhält der Satz folgende Fassung:

„Der Anspruch für die Erstattung der notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung richtet sich gegen den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, als örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind die Kindertageseinrichtung besucht.“

Mitglied im Deutschen Gehörlosen Bund e.V.
Förderverein der Gehörlosen u. Hörbehinderten e.V. (BRD)
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband e.V. LV Thüringen

Vorstand:
e-Mail:

Empfänger: Landesverband der Gehör./Thür. e.V.
Institut:
IBAN: |
BIC: |
Steuer-Nr. |



Wir empfehlen auch die Bezeichnung „Tagespflegestelle“ in das Gesetz mit aufzunehmen, damit die Finanzierung der Kommunikationshilfe für die hör- und sprachbehinderten Eltern gleichberechtigt auch in diesem Bereich der Betreuung von Kindern nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und dem dritten Abschnitt des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sichergestellt werden kann:

§ 12 Absatz 5 Satz 3 und 4 wird geändert und erhält folgende Fassung:

„Eltern mit Hör- oder Sprachbeeinträchtigungen mit Wohnsitz in Thüringen werden nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 auf Antrag die notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder über andere geeignete Kommunikationshilfen nach Maßgabe des SGB VIII beziehungsweise Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) erstattet. Der Anspruch für die Erstattung der notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle richtet sich gegen den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, als örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind die Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle besucht.“

Weiterhin möchten wir Sie auf ein Problem aufmerksam machen, für das eine Lösung für die in Thüringen lebenden 10.900 hörbehinderten Menschen verschiedener Altersgruppen (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, K III -2/17 „Schwerbehinderte Menschen in Thüringen am 31.12.2021“) erarbeitet werden muss.

Allgemein haben hör- und sprachbehinderte Menschen ein Recht auf barrierefreie Kommunikation im öffentlichen Leben, deren Finanzierung durch die öffentliche Hand sichergestellt ist. Dies ist auch der Fall bei Körperschaften im Sinne des § 6 Absatz 1 Satz 2 ThürGIG wie Vereinigungen, Einrichtungen, Institutionen bzw. Unternehmen,

- 1) die niederschwellige Beratungen, Services bzw. Dienstleistungen öffentlich anbieten und
- 2) die sich unmittelbar oder mittelbar ganz oder überwiegend in öffentlicher Hand befinden sowie öffentliche Zuwendungen ganz oder teilweise von der öffentlichen Hand erhalten.

Die aktuelle Fassung des ThürGIG enthält gar keine Rechtsgrundlage zur Überwindung von Kommunikationsbarrieren im Bereich der öffentlichen bzw. niederschweligen Angebote der Körperschaften im Sinne des § 6 Absatz 1 Satz 2 ThürGIG.

Diese Körperschaften mit partizipatorischer Niederschwelligkeit sind insbesondere die Unternehmen, Einrichtungen, Vereinigungen und Fachstellen - zum Beispiel - der Freien Wohlfahrtsverbände wie Caritas, Diakonie, AWO, Rotes Kreuz, Der Paritätische, Pro Familia u.a. einschließlich auch der Verbraucherschutzzentrale, sowie die kommunalen Regional- bzw. Stadtinformations-, Medien- und Weiterbildungszentren wie die öffentliche Bibliothek etc., die hier insgesamt als System verstanden werden, das im Rahmen des öffentlichen Interesses den Bürgern Beratung, Anleitung und Unterstützung anbietet.

Mitglied im Deutschen Gehörlosen Bund e.V.
Förderverein der Gehörlosen u. Hörbehinderten e.V. (BRD)
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband e.V. LV Thüringen

Vorstand:
e-Mail:

Empfänger: Landesverband der Gehör./Thür. e.V.
Institut:
IBAN:
BIC:
Steuer-Nr.



Das bedeutet: Ein hörbehinderter Mensch kann bei Problemen oder Auskunftersuchen nicht einfach eine Beratungsstelle eines Wohlfahrtsverbandes wie etwa eine Schwangerschaftskonflikts-, Sexual-, Schuldner-, Sucht-, Aids-, Opfer-, Familien-, Migrations-, Senioren-, Selbsthilfeberatung u.a. in seiner nahen Wohnumgebung aufsuchen, da ihm bisher die gesetzliche Möglichkeit im Zusammenhang mit dem ThürGIG zur Finanzierung der Kommunikationshilfe fehlt.

Wir sehen 1. das Benachteiligungsverbot des öffentlichen bzw. niederschweligen Angebots und 2. die Verwirklichung der Zugänglichkeit (Herstellung der Barrierefreiheit) im Bereich der zuvor genannten Körperschaften für hör- oder sprachbehinderte Menschen in der Verbindung mit den Grundsätzen nach § 1, § 4, § 5 sowie § 6 Absatz 1 und 4 ThürGIG ausdrücklich für unverzichtbar.

Unser Vorschlag ist die Einfügung eines neuen Absatzes im § 12 nach dem Absatz 5:

„Menschen mit Hör- oder Sprachbeeinträchtigungen mit Wohnsitz in Thüringen werden nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 auf Antrag die notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit den Vereinigungen, Einrichtungen und juristischen Personen des Privatrechts, deren Anteile sich unmittelbar oder mittelbar ganz oder überwiegend in der Trägerschaft öffentlicher Gewalt befinden oder öffentliche Zuwendungen erhalten, mit geeigneten Kommunikationshilfen nach Maßgabe des SGB XII erstattet, soweit die entsprechende Kommunikation nicht durch diese Körperschaften sichergestellt werden kann; der Anspruch für die Erstattung der notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Körperschaft richtet sich gegen den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, als örtlichen Träger der Sozialhilfe, in deren Zuständigkeitsbereich die Menschen mit Hör- oder Sprachbeeinträchtigungen ihren Wohnsitz haben.“

Zuletzt muss die Verordnung zur Ausführung des Thüringer Gesetzes zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen (ThürGIGAVO) baldmöglichst novelliert werden. Sie enthält viele ungültige bzw. veraltete Regelungen, die nicht mit der aktuellen Fassung der Kommunikationshilfenverordnung des Bundes (z.B.: § 5 KHV) und auch nicht mit der gegenwärtigen Höhe der Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vereinbar sind.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, unsere Stellungnahme Ihnen beziehungsweise dem Thüringer Landtag übergeben zu können, und freuen uns auf die Aufnahme unserer Stellungnahme in die Diskussion bzw. Entscheidung Ihres Ausschusses sowie in den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU. Für eine Zusammenarbeit wie auch für die Weiterentwicklung der ThürGIGAVO und bei Fragen stehen wir Ihnen gerne und jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

LV der Gehörlosen Thüringen e.V.

Biling e.V.

GSV Thüringen e.V.

Mitglied im Deutschen Gehörlosen Bund e.V.,
Förderverein der Gehörlosen u. Hörbehinderten e.V. (BRD)
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband e.V. LV Thüringen

Vorstand:
e-Mail:

Empfänger: Landesverband der Gehör./Thür. e.V.
Institut:
IBAN:
BIC:
Steuer-Nr.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Menschenrechtsforum Thüringen</i></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>c/o Rießnerstr. 12b</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>bei Ld für Hörschönitzke</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99427 Jena</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Menschenrechtsforum Thüringen</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o Rießnerstr. 12b</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>bei Ld für Hörschönitzke</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99427 Jena</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Menschenrechtsforum Thüringen</i>										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o Rießnerstr. 12b</i>									
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>bei Ld für Hörschönitzke</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99427 Jena</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Umsetzung des UN-BRK auf Landesebene	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Einrichtung Zustelle Bundesrat beim BMB - Einrichtung von Bundesrat-Beiräten in den Kommunen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wiesbaden, 12.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



Außerparlamentarisches Bündnis für die Umsetzung der UN-BRK

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen Fuchs Str. 1
99096 Erfurt

Antwort erbeten an:

Sprecher
Landesverband der Hörgeschädigten
Thüringen e.V.
99427 Weimar

@ schwernoerige_weimar@web.de

THÜR. LANDTAG POST

02.11.2020 08:53

26250/20

Weimar, 28.10.2020

Stellungnahme des Ausserparlamentarischen Bündnis zur Novelle des ThürGIG gem. § 79 GO des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der vorgestellten Novelle des ThürGIG, eingereicht durch die CDU Fraktion im Thüringer Landtag, nimmt das **Ausserparlamentarische Bündnis** wie folgt Stellung: Grundsätzlich begrüßt das **Ausserparlamentarische Bündnis** die vorgeschlagene Novelle und unterstützt diese in vollem

Umfang. Jedoch schlägt das **Ausserparlamentarische Bündnis** zu weiteren Anpassungen in nachfolgenden Punkten:

1. §22 Abs. 2 Satz 2 2. Wort „sollen“ zu ersetzen durch „müssen“.

Begründung: Durch die Änderung werden die entsprechenden Städte, Gemeinden, Landkreise verpflichtet, die Beauftragten direkt in die Verwaltung einzugliedern. Nach dem Gesetzeswortlaut müssen Sie dies aktuell nicht zwingend tun.

2. § 22 Abs. 4 Nr. 1 „Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung,“ **zu ändern in:** „Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistags, des Gemeinderats oder der Gemeinschaftsversammlung sowie Ausschüssen“

Begründung:

Es gibt hin und wieder Unstimmigkeiten hinsichtlich der rechtlichen Stellung der kommunalen Beauftragten da hier mithin zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen Unterschiede gemacht werden. Die Vorgeschlagene Änderung würde sich mindestens positiv auf die Mitwirkung in den vorgenannten Gremien auswirken. Für denkbar halten wir auch die Schaffung eines Absatzes 7 in § 22 „Ehrenamtlich tätige Beauftragte sind hinsichtlich Ihrer Rechte einem Haupt beziehungsweise Nebenamtlichen Beauftragten gleichzustellen.“

Weiterhin möchten wir uns dafür aussprechen, dass die Mitgliederzahl des Landesbehindertenbeirates überdacht wird. Mehrheitlich würde eine Erhöhung der Mitgliederzahl seitens des **Ausserparlamentarischen Bündnis** begrüßt. Wir haben angeregt zum Thema Besoldung des Beauftragten zu diskutieren. Ergebnis der Diskussion war, dass es grundsätzlich zu begrüßen sei, die Beauftragten mindestens mit einer halben Stelle fest anzustellen. Um jedoch den ehrenamtlich tätigen auch weiterhin zu ermöglichen, ihr Amt auszuführen, raten wir dazu die Festanstellung,



Außerparlamentarisches Bündnis für die Umsetzung der UN-BRK


wie vorgesehen nicht verpflichtend zu machen. Jedoch, sollte der Stellenanteil bei hauptamtlich Beschäftigten mindestens fünfzig v.H. betragen. In diesem Zusammenhang sollte ggf. auch darüber nachgedacht werden, eine Mindestaufwandsentschädigung im Gesetz zu verankern.

Die Einrichtung von Behindertenbeiräten als Unterstützung der beauftragten ist zu befürworten.

Vielerorts steht die gezahlte Aufwandsentschädigung tatsächlich in keinem Verhältnis zum „Aufwand“ den die eingesetzten Kollegen betreiben. Eine Verpflichtung zur Festanstellung halten wir jedoch für nicht zielführend, da Beauftragten die ehrenamtlich tätig sind dann ihr Amt ggf. niederlegen müssten. Die Neuregelung der Besoldung des Landesbehindertenbeauftragten unterstützen wir ausdrücklich. Die Neuregelung des §22 Abs.1 Wird durch **das Ausserparlamentariches Bündnis** einhellig positiv bewertet.

Einhergehend mit der Novellierung des ThürGIG regen wir abschließend an, auch die Kostenerstattungsätze für Gebärdendolmetscher/Schriftdolmetscher einer Revision zu unterziehen, da diese nicht mehr zeitgemäß sind.

Mit freundlichen Grüßen

Für das Ausserparlamentariches Bündnis 

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
 - Drucksache 7/1192 -

1. Haben Sie sich als **Vertreter einer juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Thüringischer Landkreistag

e. V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Richard-Breslau-Str. 13

Postleitzahl, Ort

99094 Erfurt

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen
in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des
Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Untersc
Erfurt, 13.11.2020	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>UNFALLKASSE JACHEN-ANWALT GEWERKSCHAFTSBEZUG LANDESFACHSTELLE FÜR BARRIEREFREIHEIT</td> <td>K.d.V.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>KAUFERTSTR. 37</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39267 FERBST / ANHALT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	UNFALLKASSE JACHEN-ANWALT GEWERKSCHAFTSBEZUG LANDESFACHSTELLE FÜR BARRIEREFREIHEIT	K.d.V.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	KAUFERTSTR. 37	Postleitzahl, Ort	39267 FERBST / ANHALT
Name	Organisationsform										
UNFALLKASSE JACHEN-ANWALT GEWERKSCHAFTSBEZUG LANDESFACHSTELLE FÜR BARRIEREFREIHEIT	K.d.V.R.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	KAUFERTSTR. 37										
Postleitzahl, Ort	39267 FERBST / ANHALT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	INFORMATION UND BERATUNG FÜR BARriereFREIHEIT	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	KEINE STELLUNGNAHME, DA LANDESTEILE DARSTELLUNG VON ORGANISATION UND ARBEITSTELLE DER LANDESDACHSTELLE FÜR BARriereFREIHEIT	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ZEROST/ANHAUF, 30/11/2020	

Den Mitgliedern des
AfSAGG

THÜR. LANDTAG POST
03.11.2020 11:56

26549/2020



UK ST

Unfallkasse Sachsen-Anhalt
Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Der Geschäftsführer

Unfallkasse Sachsen-Anhalt, Landesfachstelle für Barrierefreiheit,
Käperstr. 31, 39281 Zerbst/Anhalt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Ansprechpartner:
Telefon:
Mobil:
Fax:
E-Mail:

Datum: 03.11.2020

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von
Menschen mit Behinderungen – Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des
Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/1192 -

hier: Bitte um schriftliche Stellungnahme

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/681

zu Drs. 7/1192

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. September 2020, in dem Sie uns gebeten haben, zu dem im
Betreff genannten Gesetzentwurf, der Ihrem Schreiben beigelegt war, Stellung zu nehmen.

Da die bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt eingerichtete Landesfachstelle für Barrierefreiheit, kein
politisches Mandat besitzt, sehen wir von einer Stellungnahme ab. Gerne stellen wir aber dem
Landtag und der interessierten Öffentlichkeit zu Nummer 3 Buchstabe a) des Gesetzentwurfs
Organisation und Arbeitsweise der Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt dar.
Hierzu verweise ich auf die beiliegende Anlage.

Ergänzend verweise ich auf meinen ca. 25-minütigen Vortrag, den ich am 13. Oktober 2020 auf
Einladung des Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, den
Architektenkammern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt und dem Thüringischen Landesamt
für Denkmalpflege und Archäologie im Rahmen der Fachtagung „Generationengerechtes Bauen
im ländlichen Raum“ in der Stadthalle Apolda gehalten habe. Der Live-Mitschnitt des Vortrags ist
unter dem folgenden Link online abrufbar: <https://architekten-thueringen.de/inklusivegestalten/>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Unfallkasse Sachsen-Anhalt
Körperschaft
des öffentlichen Rechts

Käperstr. 31
39281 Zerbst/Anhalt
Telefon
Fax
E-Mail

Postbank Leipzig

Organisation und Arbeitsweise der Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen- Anhalt

**Darstellung anlässlich einer Bitte um Stellungnahme zum
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag
(Drucksache 7/1192): Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes
zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen –
Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des
Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen**

Gliederung

1. Vorbemerkung.....	2
2. Organisation.....	2
a) Gründungsgeschichte.....	2
b) Organisationsstruktur.....	3
c) Aufgabe: Fachwissen zur Umsetzung von Barrierefreiheit.....	3
d) Gründe für die Ansiedlung bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt	4
e) Konsequenzen der Ansiedlung bei einem Sozialversicherungsträger	5
3. Arbeitsweise.....	5
a) Stellenplan.....	5
b) Schwerpunkt: Barrierefreiheit in der Infrastruktur	6
c) Zielgruppen der Beratung	7
4. Braucht es Fachstellen für Barrierefreiheit?.....	7
5. Können Fachstellen etwas bewirken?	8

1. Vorbemerkung

Da die bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt eingerichtete Landesfachstelle für Barrierefreiheit kein politisches Mandat besitzt, sehen wir von einer Stellungnahme ab. Gerne stellen wir aber dem Landtag und der interessierten Öffentlichkeit Organisation und Arbeitsweise der Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt dar (zu Nummer 3 Buchstabe a) des Gesetzentwurfs).

2. Organisation

Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt ist mit dem Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Sachsen-Anhalt (BGG LSA) vom 6. Mai 2019 bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt errichtet worden. Das Gesetz trat am 14. Mai 2019 in Kraft.

Nachdem die Unfallkasse Sachsen-Anhalt zum 1. Dezember 2019 und 1. Januar 2020 die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesfachstelle einstellen konnte, eröffnete die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Petra Grimm-Benne, die Landesfachstelle feierlich am 27. Januar 2020 im Rahmen eines Festakts in der Unfallkasse.

a) Gründungsgeschichte

Der Errichtung der Landesfachstelle waren zwei Entwicklungen voraus gegangen:

Die eine Entwicklung betrifft das vom Land Sachsen-Anhalt von 2013 bis 2017 geförderte Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (LaKoB), das von drei Behindertenverbänden getragen wurde. Das LaKoB erbrachte - im Wesentlichen auf ehrenamtlicher Basis - Informationen und Beratungen zur Barrierefreiheit. Es musste im Laufe seiner Arbeit allerdings bald feststellen, dass mit einer überwiegend ehrenamtlichen Tätigkeit den zunehmenden Aufgaben nicht mehr entsprochen werden konnte. Es gelang dem LaKoB aber sowohl den Landesbehindertenbeirat Sachsen-Anhalt (Beschluss 5/2017) als auch den Landtag von Sachsen-Anhalt (Drucksache 7/3086) für die Gründung einer hauptamtlich tätigen Landesfachstelle für Barrierefreiheit zu gewinnen.

Die andere Entwicklung bezieht sich auf die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen. Die Richtlinie verlangt sowohl die Benennung einer Überwachungsstelle als auch einer Durchsetzungsstelle.

Die wesentliche Aufgabe der Überwachungsstelle ist es, kontinuierlich und stichprobenmäßig die Einhaltung der europarechtlich geforderten Mindestanforderungen der Barrierefreiheit zu überprüfen (Artikel 8 der Richtlinie).

Die wesentliche Aufgabe der Durchsetzungsstelle ist zum einen, eine wirksame Behandlung von Meldungen über eine mangelhafte Barrierefreiheit zu gewährleisten, die über den so genannten Feedback-Mechanismus der Erklärung zur Barrierefreiheit eingehen. Die Veröffentlichung einer Erklärung zur Barrierefreiheit ist eine weitere Umsetzungsverpflichtung aus der Richtlinie. Zum anderen ist es eine wesentliche Aufgabe der Durchsetzungsstelle zu überprüfen, ob die Bewertung einer öffentlichen Stelle zutrifft, die Einhaltung bestimmter Anforderungen der Barrierefreiheit belaste sie unverhältnismäßig (Artikel 9 der Richtlinie).

b) Organisationsstruktur

Der sachsen-anhaltische Gesetzgeber hat die beiden beschriebenen Entwicklungen zusammengebunden. Er hat die Landesfachstelle für Barrierefreiheit bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt eingerichtet (§ 17a Absatz 1 BGG LSA) und die Überwachungsstelle für die Barrierefreiheit von Informationstechnik (§ 16c BGG LSA) und die Durchsetzungsstelle, die in Sachsen-Anhalt Ombudsstelle heißt (§ 16d BGG LSA), jeweils bei der Landesfachstelle für Barrierefreiheit. Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt besteht also streng genommen aus drei Stellen.

Die Landesfachstelle wird beraten von einem Expertenbeirat, der sich mehrheitlich aus Vertreterinnen und Vertretern der Verbände von Menschen mit Behinderungen zusammensetzt (§ 17a Absatz 3 Satz 1 BGG LSA). Seine Mitglieder werden auf Vorschlag der oder des Landesbehindertenbeauftragten durch das für Politik für Menschen mit Behinderungen zuständige Ministerium berufen (§ 17a Absatz 3 Satz 2 BGG LSA), derzeit das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt.

Finanziert werden die drei Einrichtungen aus Mitteln des Landeshaushalts (§ 17a Absatz 5 BGG LSA). Die Fachaufsicht über die Wahrnehmung der Aufgaben liegt bei dem für die Politik für Menschen mit Behinderungen zuständigen Ministerium (§ 17a Absatz 4 BGG LSA).

c) Aufgabe: Fachwissen zur Umsetzung von Barrierefreiheit

Die Aufgaben der Überwachungsstelle und der Ombudsstelle habe ich eben (unter 2a) schon kurz skizziert.

Die wesentliche Aufgabe der Landesfachstelle für Barrierefreiheit besteht in der Beratung und Information der öffentlichen Stellen in Sachsen-Anhalt zu Fragen der Barrierefreiheit (§ 17a Absatz 2 Satz 1 BGG LSA). Insofern führt die Landesfachstelle für Barrierefreiheit die Aufgaben des vormaligen Landeskompetenzentrums für Barrierefreiheit fort. Die genauen Aufgaben sind in § 17a Absatz 2 BGG LSA und in § 4 Absatz 2 Behindertengleichstellungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BGGVO LSA) geregelt. Im Rahmen der verfügbaren Mittel berät die Landesfachstelle auch Wirtschaft und Verbände (§ 17a Absatz 2 Satz 2 BGG LSA).

Der gesetzliche Aufgabenkatalog entspricht weitestgehend dem der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit (§ 13 Absatz 2 Behindertengleichstellungsgesetz - BGG).

Im Kern bietet die Landesfachstelle für Barrierefreiheit Fachwissen zur Umsetzung von Barrierefreiheit. Wichtig ist dabei zu beachten, dass die Landesfachstelle eine rein beratende Funktion hat. Für die Umsetzung der Barrierefreiheit sind ausschließlich die beratenen Stellen verantwortlich. Die Landesfachstelle verfügt auch weder über hoheitliche noch finanzielle Mittel zur Durchsetzung der Barrierefreiheit.

d) Gründe für die Ansiedlung bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt

Mehrere Gründe sprachen für eine Ansiedlung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt.

Ein wesentlicher Grund lag sicher darin, dass sehr viele derjenigen Stellen, die vornehmlich von den Leistungen der Landesfachstelle profitieren sollen, nämlich alle öffentlichen Stellen im Land Sachsen-Anhalt, bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt versichert sind. Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit konnte daher von Anfang an auf eine eingespielte Kommunikationsinfrastruktur und ein über viele Jahre gewachsenes Vertrauensverhältnis zurückgreifen.

Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, dass die Informations – und Beratungstätigkeit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit strukturell der Präventionsarbeit der Unfallversicherungsträger entspricht, die diese schon seit über 100 Jahren erbringen. Auch diese beraten und informieren, damit die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in eigener Verantwortung ihren arbeitsschutzrechtlichen Verpflichtungen nachkommen können.

Hinzu kommt, dass der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallkassen, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV), schon länger auf dem Gebiet der barrierefreien Arbeitsgestaltung tätig ist (<https://www.dguv.de/barrierefrei/index.jsp>), es also eine inhaltliche Nähe zum Aufgabengebiet der Landesfachstelle für Barrierefreiheit gibt. Der DGUV war auch der erste große Verband, der einen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) verabschiedet hat (vgl. https://www.dguv.de/de/mediencenter/hintergrund/un_aktionsplan/index.jsp).

Nicht zuletzt stärkt die Ansiedlung den ländlichen Raum, denn die Unfallkasse Sachsen-Anhalt hat ihren Sitz in Zerbst/Anhalt, einer Stadt mit etwa 22.500 Einwohnerinnen und Einwohner in der Mitte von Sachsen-Anhalt.

e) Konsequenzen der Ansiedlung bei einem Sozialversicherungsträger

Wenn man eine Landesfachstelle bei einem Sozialversicherungsträger wie der Unfallkasse Sachsen-Anhalt einrichtet, muss man beachten, dass die übertragenen Aufgaben gesetzlich klar zu regeln sind (§ 30 Absatz 2 Satz 1, 1. Halbsatz Sozialgesetzbuch – SGB IV).

Dass die Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt die ihr übertragenen Aufgaben wahrnehmen muss, dürfte sich von selbst verstehen. Im Umkehrschluss folgt aus der sozialversicherungsrechtlichen Regelung aber auch, dass die Landesfachstelle keine Befugnis hat, über die gesetzlich geregelten Aufgaben hinaus tätig zu werden. Auch andere können ihr keine derartigen Aufgaben übertragen. Entsprechende Ansinnen muss die Landesfachstelle für Barrierefreiheit ablehnen.

Schließlich sind die Kosten, die durch die Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben entstehen, dem Sozialversicherungsträger zu erstatten (§ 30 Absatz 2 Satz 1, 2. Halbsatz SGB IV, vgl. § 17a Absatz 5 BGG LSA). Das gibt der Landesfachstelle für Barrierefreiheit einerseits eine finanzielle Sicherheit und gewährleistet andererseits, dass ihre (versicherungsfremden) Leistungen nicht etwa aus Versichertenbeiträgen finanziert werden.

3. Arbeitsweise

a) Stellenplan

Derzeit verfügt die Landesfachstelle für Barrierefreiheit (einschließlich Überwachungsstelle und Ombudsstelle) über acht Vollzeitstellen.

Die Leitung der Landesfachstelle ist für eine Volljuristin oder einen Volljuristen vorgesehen, die oder der zugleich die Leitung der Ombudsstelle übernimmt. Für die inhaltliche Beratungs- und Informationstätigkeit sind der Leitung drei Stellen für Referentinnen und Referenten an die Seite gestellt. Für alle drei Einrichtungen insgesamt (Landesfachstelle, Überwachungsstelle und Ombudsstelle) gibt es eine Sachbearbeitungs-Stelle für Ablauforganisation und Verwaltung.

Die Leitung der Überwachungsstelle verlangt einen informationstechnischen Hochschulabschluss. Ihr sind zwei Stellen für die Sachbearbeitung in der Informationstechnik zugeordnet, also in erster Linie für die Prüfung der digitalen Anwendungen in Bezug auf die Barrierefreiheit und alle damit zusammenhängenden Aufgaben.

b) Schwerpunkt: Barrierefreiheit in der Infrastruktur

Auch mit dem eben (unter 3a) vorgestellten Stellenplan ist es nicht möglich, alle Themen der Barrierefreiheit in der für eine qualitativ hochwertigen Beratung unter Berücksichtigung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik notwendigen Tiefe gleichwertig abzudecken. Daher war es einerseits erforderlich, Schwerpunkte zu setzen. Andererseits haben wir das Zusammenführen der drei Stellen (Landesfachstelle, Überwachungsstelle und Ombudsstelle) positiv genutzt, um Synergieeffekte zu erzielen.

Zu diesem Zweck wird die Arbeit der drei Stellen (unter Beachtung ihrer eigenständigen Aufgabenerledigung) gemeinsam geplant und deshalb übernimmt die Leitung der Überwachungsstelle die stellvertretende Leitung der Landesfachstelle.

Der juristische Sachverstand der Leitung der Landesfachstelle wird zugleich für die Rechtsberatung zu allen rechtlichen Fragen der Barrierefreiheit fruchtbar gemacht.

Die Überwachungsstelle übernimmt auch die Beratungs- und Informationstätigkeit auf dem Gebiet von Websites und mobilen Anwendungen, die zum gesetzlichen Aufgabenfeld der Landesfachstelle im engeren Sinne gehört. Durch die kontinuierliche Überwachung der digitalen Angebote der öffentlichen Stellen in Sachsen-Anhalt verfügt sie über sehr viel Sachverstand auf diesem Gebiet, das sie für diese Aufgaben gewinnbringend nutzen kann.

Die erforderlichen Schwerpunkte setzt die Landesfachstelle in der Barrierefreiheit der Infrastruktur, und zwar sowohl baulich (Gebäude, Freiflächen, Verkehrswege und Verkehrsmittel) als auch digital (digitale Anwendungen jeglicher Art: Websites, Apps, Software). Wenn bei der Schaffung der Infrastruktur die Barrierefreiheit **nicht** von Anfang an mitgedacht wird, werden in der Regel auf Jahre, zum Teil auch auf Jahrzehnte Barrieren errichtet, die nur schwer und mit großem finanziellem Aufwand wieder abgebaut werden können.

Die Landesfachstelle ist davon überzeugt, auf dem Gebiet der Infrastrukturen mit den Mitteln der Barrierefreiheit besonders viel für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen erreichen zu können. Zugleich ist die Schaffung von Barrierefreiheit bei den Infrastrukturen besonders anspruchsvoll, weil es hier in der Regel darum geht, eine Gestaltung zu finden, die für alle Menschen gleichberechtigt nutzbar sein muss, auch wenn diese ganz unterschiedliche und zum Teil widersprechende Anforderungen an die Gestaltung haben.

Die drei Stellen für Referentinnen und Referenten haben daher die Schwerpunkte:
Barrierefreiheit

- im Hochbau,
- im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Mobilität und
- im E-Government.

c) Zielgruppen der Beratung

Dass die Hauptzielgruppe der Landesfachstelle für Barrierefreiheit die öffentlichen Stellen im Land Sachsen-Anhalt ist, ist bereits dargestellt worden. Ebenso, dass die Landesfachstelle Wirtschaft und Verbände auf Anfrage und im Rahmen der verfügbaren Mittel beraten kann.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Beratungsleistungen der Landesfachstelle für Barrierefreiheit sich in erster Linie an die für die Umsetzung von Barrierefreiheit verantwortlichen Bereiche richten. Wenn Barrierefreiheit sich als selbstverständlicher Bestandteil jeglicher menschlichen Gestaltungen durchsetzen soll – und das ist der Sinn und das Ziel der Barrierefreiheit –, dann muss sie von denjenigen verstanden und beherzigt werden, die für die Umsetzung verantwortlich sind. Damit sind Behindertenbeauftragte und Schwerbehindertenvertrauenspersonen **nicht** die erste Zielgruppe der Landesfachstelle für Barrierefreiheit, auch wenn das im ersten Moment irritieren mag.

Behindertenbeauftragte und Schwerbehindertenvertrauenspersonen sind dennoch quasi „natürliche“ Verbündete der Landesfachstelle, weil sie sich in ihren Bereichen für die Barrierefreiheit einsetzen und damit auch die Arbeit der Landesfachstelle für Barrierefreiheit unterstützen. Sie sind daher häufig auch der „Türöffner“, der es der Landesfachstelle ermöglicht, mit den fachlich verantwortlichen Bereichen in Kontakt zu treten. Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit braucht den Austausch mit ihnen auch deshalb, um zu erfahren, wo es in der Praxis noch Defizite in der Barrierefreiheit gibt.

4. Braucht es Fachstellen für Barrierefreiheit?

Strukturen zum Kompetenzaufbau in Fragen der Barrierefreiheit (z. B. Universitäten, Forschungseinrichtungen, staatliche oder kommunale Ämter, Fort- und Weiterbildungsinstitutionen etc.) gibt es (noch) kaum. Wie vermutlich alle anderen relevanten Themen auch, braucht auch die Barrierefreiheit Orte, in denen über sie nachgedacht, bestehende Lösungen kritisch hinterfragt und neue Konzepte entworfen werden. Hier können Fachstellen für Barrierefreiheit einen wichtigen Beitrag zum Wissensaufbau und zur Wissensvermittlung liefern.

Das Thema Barrierefreiheit ist vielschichtig und anspruchsvoll. Auch das unterstreicht die Notwendigkeit von Strukturen zum Kompetenzaufbau. Zusätzlich zu den ohnehin

schon bestehenden Anforderungen an menschliche Gestaltungen, die man kennen und verstanden haben muss, müssen die Bedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen, ihr Umgang mit der Umwelt und die Hilfsmittel, die sie dabei benutzen, gekannt, verstanden und mit den übrigen Anforderungen so in Einklang gebracht werden, dass sie eine gleichberechtigte Nutzung für alle ermöglichen.

Dabei sind einzelne Gruppen von Nutzenden zum Teil zahlenmäßig relativ klein, was leicht dazu führen kann, ihre Anforderungen zu übersehen, obwohl deren Berücksichtigung angesichts des gesamten Aufwandes trotz der geringen Anzahl der Nutzenden keineswegs unverhältnismäßig sein muss und in der Regel auch nicht sein wird.

Eine Berücksichtigung von Anforderungen der Barrierefreiheit kann auch daran scheitern, dass es einfacher und schneller ist, bekannte und unter anderen Gesichtspunkten bewährte Lösungen fortzuführen, als diese unter den Anforderungen der Barrierefreiheit noch einmal zu überdenken.

Solchen Tendenzen kann eine Stimme entgegenwirken, die mit fachlichen Argumenten die Notwendigkeit und Machbarkeit einer Umsetzung von Barrierefreiheit aufzeigen kann.

Es ist aufgrund der aufgezeigten Problemlagen nicht überraschend, dass schon jetzt erkennbar ist, dass selbst bei den geltenden Gesetzen zur Herstellung von Barrierefreiheit noch ein Umsetzungsdefizit besteht. Insofern sind Fachstellen für Barrierefreiheit immer auch Instrumente zur Gewährleistung der rechtlich geforderten Barrierefreiheit. In den Bereichen, die nicht gesetzlich geregelt sind, ist erst recht zu befürchten, dass Anforderungen der Barrierefreiheit nicht zur Anwendung kommen. Auch hier können Fachstellen auf eine Berücksichtigung der Barrierefreiheit hinwirken.

5. Können Fachstellen etwas bewirken?

Die kurze Zeit seit Aufnahme der Tätigkeit Anfang des Jahres rechtfertigt nicht, verlässlich die Wirkung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit Sachsen-Anhalt einschätzen zu können. Aber die bisherigen Anfragen zeigen, dass die Praxis einen Klärungsbedarf in Fragen der Barrierefreiheit hat und sie dankbar ist, wenn sie sich hierfür an eine kompetente und vertrauenswürdige Stelle wenden kann.

Wenn die Antworten der Landesfachstelle für Barrierefreiheit fachlich überzeugend begründet sind, haben sie daher auch eine gute Chance umgesetzt zu werden, wie das Beispiel der vom Online-Portal des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten Erklärung zur Barrierefreiheit zeigt, die nahezu vollständig einer Umsetzungsempfehlung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit folgt:
<https://www.sachsen-anhalt.de/meta/barrierefreiheitserklaerung/>

Die Landesfachstelle für Barrierefreiheit ist in Sachsen-Anhalt sehr schnell in die bestehenden Strukturen aufgenommen worden. Sie ist Mitglied diverser Gremien, die sich um die Umsetzung der Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt kümmern und sie soll in der Fortschreibung des Landes-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK mit zwei eigenen Maßnahmen vertreten sein. Das zeigt, dass sie im Land als fachlich relevante Ansprechpartnerin bekannt und ernst genommen wird.

Dienstag, 3. November 2020

Geschäftsbereichsleiter
Landesfachstelle für Barrierefreiheit
Unfallkasse Sachsen-Anhalt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Beiräte- und Selbstbehindertenvorband Thüringen</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Leutenbergstraße 29</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99427 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Beiräte- und Selbstbehindertenvorband Thüringen	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutenbergstraße 29	Postleitzahl, Ort	99427 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Beiräte- und Selbstbehindertenvorband Thüringen	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutenbergstraße 29									
Postleitzahl, Ort	99427 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Inkassoverwaltung der blinden u. sehbehinderten Menschen in Thüringen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Bedeutung der Barrierefreiheit stärker herausarbeiten • (sowohl in Landeseigenen als auch kommunalen Einrichtungen) • kom. Behindertenbeauftragte auf Kreisebene Pflicht, in Kommunen obligatorisch</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 19.11.2020	

Eltern- und Selbstbehindertenverband
Thüringen e. V.
Landesgeschäftsstelle
Gutenbergstr. 29 a
99423 Weimar
Tel. 03643/742907, Fax 03643/742927
e-mail: bsvt.e.v@t-online.de

THÜR. LANDTAG POST
28.10.2020 17:35

25985/2020



BSVT e.V., Gutenbergstr. 29a, 99423 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesvorstand

Drs. 7/1192

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

BG/SE

unser Zeichen

23.10.2020

Datum

Stellungnahme des BSVT e.V. zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die vorliegenden Änderungsvorschläge sind sehr zu begrüßen. Wir, der Blinden und Sehbehindertenverband Thüringen e.V. schätzt ein, dass dadurch wesentliche Verbesserungen und Klarstellungen erreicht werden können.

Wir nehmen zu oben genannten Änderungsvorschlägen wie folgt Stellung:

Unsere Vorschläge erfolgen in numerischer Reihenfolge

§ 10 Absatz 2: „landeseigen wird gestrichen“

Aus unserer Sicht ist dies nur begrüßen, denn auch kommunale Einrichtungen sollten barrierefrei gestaltet werden, nicht nur landeseigene.

Insofern das Wort „landeseigen“ gestrichen wird, erfährt die Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich sowohl auf Landes- als auch Kommunalebene eine deutlich stärkere Bedeutung. Kommunen dürfen aus ihrer Pflicht nicht enthoben werden stets der Barrierefreiheit der eigenen öffentlichen Einrichtung nachzukommen.

Unser Verein mit über 1.000 Mitgliedern ist auf Kreisebene organisiert und überwiegend in den kommunalen Behindertenbeiräten tätig.

BSVT
Landesvorsitzender

Gutenbergstr. 29 a
99423 Weimar

E-Mail: bsvt.e.v@t-online.de
www.bsvt.org

Tel.: 03643 / 742907
Fax: 03643 / 742927

Mitglied im
DBSV
Deutschen Blinden- und
Sehbehindertenverband e.V.

Wir erachten es als essentiell auch eine Berichtspflicht zur Barrierefreiheit auf kommunaler Ebene mit einzuführen.

§ 19 Amtsverhältnis:

Sowohl die kommunalen Beauftragten als scheinbar auch die Landesbeauftragten werden rein finanziell nicht gleichwertig betrachtet.

Seitens des Landes sollte es zwischen den einzelnen Beauftragungen in der finanziellen Entlohnung keine Unterschiede geben, denn dies würde im Umkehrschluss auch einer Schlechterstellung des Themas „Behinderung“ entsprechen. Hier sollte es in der Landesbeauftragung unbedingt eine Angleichung geben, auch das ist gemäß AGG ein Gleichstellungsprinzip.

§ 20 Aufgaben und Befugnisse des Landesbeauftragten:

Änderung Absatz 4: Wir benötigen für unsere gemeinsamen Ziele unbedingt eine Landesfachstelle.

Das Thema würde somit stärker präsent werden und die Unterstützung auf kommunaler Ebene, die unglaublich vielschichtige Aufgaben betrifft, gestärkt werden. Vor allem die Themen barrierefreies Bauen und barrierefreie Websites sind zu betrachten, da hier der größte Handlungsbedarf und Unterstützungsbedarf auf allen Handlungsebenen besteht. Dies begrüßen wir als Blinden- und Sehbehindertenverband ausdrücklich, da wir ja tagtäglich die Barrieren überwinden müssen.

§ 21 Landesbehindertenbeirat

Eine Wahl und Legislaturperiode des LBB an den Landtag zu binden, ist zwar sinnvoll, aber das Beispiel 2020/2021 zeigt, dass dies nicht in jedem Falle praxistauglich ist. Für eine zielorientierte und wirksame gemeinschaftliche Arbeit sollte die Bedingung sein, unabhängig von Neuwahlen usw. dass der Landesbehindertenbeirat 5 Jahre in jeweiligen Zusammensetzung bestehen bleibt.

Die Anhebung von 12 auf 16 stimmberechtigte Mitglieder begrüßen wir ebenfalls, da sonst die restlichen Mitglieder eine Schlechterstellung erfahren würden.

Hier gilt es einmal mehr auch das AGG zu betrachten.

- Ein neuer Absatz 6 zur Thematik Projektförderrichtlinie hinsichtlich der kommunalen BMB oder kommunale Beiräte sind zu begrüßen.

Bezüglich der Richtlinie sollte aber nicht nur eine Obergrenze in der Entlohnung (hier förderfähig bis Max. E10) festgelegt werden, sondern auch eine Untergrenze.

Die meisten Projektförderrichtlinien geben Spannen an. Aufgrund der Vielfältigkeit der Tätigkeit schlagen wir vor, hier analog zum Ausländerbeauftragtenwesen zu verfahren (Projekt Integrationsmanagerin, TMASGFF Förderung, GFAW) eine Spanne zwischen E9 und E11 einzurichten. Nach Prüfung der Tätigkeitsmerkmale ist auch eine E11 angemessen.

§ 22 kommunale BMB oder kommunale Beiräte:

Diese Ergänzung sehen wir als sehr sinnvoll an. Es sollte auf Landkreisebene und für kreisfreie Städte Pflicht werden KBMB's einzurichten. Für kreisangehörige Gemeinden und Städte obligatorisch. Hier plädieren wir aber zusätzlich für eine Gleichstellung zwischen ehren- und hauptamtlichen Beauftragten, denn dies legen Landkreise und ihre kreisangehörigen Gemeinden/ Städte oft sehr unterschiedlich aus, weshalb die Wirkung oftmals nicht auf gleicher Ebene möglich ist. Auch hier bedarf es dringend nach AGG einer Angleichung der Wertigkeiten.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

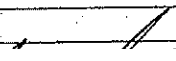
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA Selbstvertretung Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Anger 19-20 99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 19-20</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA Selbstvertretung Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Anger 19-20 99084 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19-20	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt		
Name	Organisationsform												
LIGA Selbstvertretung Thüringen	e.V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Anger 19-20 99084 Erfurt												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 19-20												
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

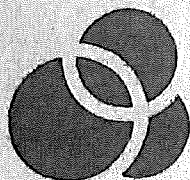
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Politische Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Siehe Schreiben Anlage</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.11.20	

Das Dokument wurde zum Zweck der Bearbeitung in der BTD bearbeitet.



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V. • Anger 19/20 •
99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
05.11.2020 07:04
26800/20

LIGA der politischen Interessen- und
Selbstvertretung von Menschen mit
Behinderungen in Thüringen e.V.

Anger 19/20

99084 Erfurt

Tel.: 0361 55068700

Fax: 0361 55068701

E-Mail: info@selbstvertretung-thueringen.de

Erfurt, den 04.11.2020

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages,
Drucksache 7/1192

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie unsere Stellungnahmen zum eingereichten Gesetzesentwurf:

zu Artikel 1:

Nr.1.

Die Änderung des § 10 wird befürwortet.

Nr.2

Die Änderung von § 19 Abs.1 Satz 1 wird befürwortet.

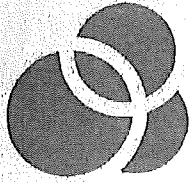
Die Änderung von § 19 Abs. 6 Satz wird nicht befürwortet.

Begründung:

Der Landesbehindertenbeauftragte sollte grundsätzlich unabhängig von weiteren öffentlichen Ämtern handeln können. Daher ist es nicht ersichtlich, warum eine Ausnahme bei kommunalen Vertretungen gemacht werden soll.

Vereinsregister:
Amtsgericht Erfurt VR 163025

Bankverbindung:



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

Nr.3

Wir stimmen dem Vorschlag zur Änderung des Paragraphen 20, Abs. 1 Nummer 4 zu. Eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit ist einzurichten, unter Berücksichtigung einer angemessenen Personalausstattung. So sollte zumindest in jedem Landkreis eine Stelle in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern vorgehalten werden um funktionell arbeitsfähig zu sein.

In § 20 Abs, 3 Satz 1 schlagen wir vor den Begriff "Bestimmungen dieses Gesetzes" mit den Worten „und die in Absatz 1 Nr. 1 genannten Rechtsvorschriften" zu ergänzen, da sowohl das vorliegende Gesetz und die ergänzenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

Nr. 4:

Die vorgeschlagene Änderung des § 21 Abs. 1 Satz 1 wird von uns teilweise abgelehnt. Die Nachprüfung, ob die Satzungen der vorgeschlagenen Mitglieder des Landesbehindertenbeirates die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderungen beinhalten ist absolut notwendig, um deren Geeignetheit festzustellen, ist beizubehalten.

Darüber hinaus fordern wir den Gesetzgeber auf, die Gruppe der stimmberechtigten Mitglieder des Landesbehindertenbeirates auf Organisationen zu beschränken, die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sind. Das sind Organisationen die mehrheitlich aus Menschen mit Behinderungen bestehen, deren Vertretungen sich überwiegend aus Menschen mit Behinderungen zusammensetzen und die nach außen vorrangig von Menschen mit Behinderungen vertreten werden. Das Thüringer Gleichstellungsgesetz hat die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu berücksichtigen, dass Entscheidungen nur von Interessenvertretungen nach dem Grundsatz „nichts ohne uns über uns“ getroffen werden sollen.

Die Beschränkung des Vorschlagsrechts auf landesweit tätige Organisationen, die sich registrieren lassen müssen, kann entfallen. Das ist eine zusätzliche Hürde für eine Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.

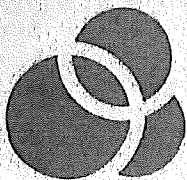
Bei § 21 Abs. 2 Satz 1 wollen wir an der Beschränkung der stimmberechtigten Mitglieder auf zwölf Verbände und Institutionen von Menschen mit Behinderungen festhalten. Da es noch eine Reihe von nicht stimmberechtigten Mitglieder gibt, würde durch eine fehlende Begrenzung die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit eingeschränkt.

Wir schlagen aber vor, dass zusätzlich fachliche runde Tische zeitlich und fachlich begrenzt, eingerichtet werden, an denen stimmberechtigte Mitglieder, nicht stimmberechtigte Mitglieder

Vorstand gem. § 26 BGB:

Vereinsregister:
Amtsgericht Erfurt VR 163025

Bankverbindung:



LIGA Selbstvertretung Thüringen

LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung
von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e. V.

und weitere Vertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen sowie Expert*innen berufen werden können.

Die Einfügung eines neuen § 21 Abs.6 wird begrüßt.

Allerdings ist aus unserer Sicht zu ergänzen, dass diese Fördermittel nicht nur für kommunale Beauftragte und Beiräte für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen, sondern auch gemeinnützige Organisationen diese für Projekte beantragen können. Um die Haushaltsmittel des Sozialministeriums zu entlasten, schlagen wir vor, dass die Mittel aus den EU-Strukturfonds des Freistaates Thüringen bereitgestellt werden. Dabei sollte eine Förderrichtlinie erstellt werden, welche die Mittel der 3 Strukturfonds ESF, EFRE und ELER kohärent zusammenfasst und in Projekten ergänzend einsetzt. Wir gehen davon aus, dass die Mittel insbesondere für Maßnahmen der Barrierefreiheit und Inklusion in sozialen, infrastrukturellen oder baulichen Projektmaßnahmen eingesetzt werden. Aufgrund des zu erwartenden großen Mittelbedarfs würden die originären Haushaltsmittel des Sozialministeriums nicht ausreichen.

Nr. 5

Der vorgeschlagenen Änderung des § 22 Abs. 1 wird begrüßt.

Nr. 6

Die vorgeschlagene Änderung von § 26 Abs. 2 sehen wir grundsätzlich als richtig an. Allerdings erschließt sich uns nicht, warum die Evaluierung nun alle 6 Jahr stattfinden soll. Da halten wir eine Orientierung an der Legislaturperiode des Thüringer Landtags für zielführender,

Uns ist es wichtig, dass zum Stand der Barrierefreiheit auch die Qualität der Umsetzung dargestellt wird. Statt Kostenfolgen sollte in erster Linie die Qualität der Umsetzung, die Kosten von Ausstattung bis zum Stand der Umsetzung evaluiert werden, dies beinhaltet automatisch eine Erhebung der Kosten und noch notwendiger finanzieller Mittel zur Erfüllung der Aufgabe. Wir befürchten, dass das Wort Kostenfolgen negativ konnotiert ist und eventuell im Sinne einer Kostendeckelung zukünftige Projekte nicht realisiert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinsregister:
Amtsgericht Erfurt VR 163025

Bankverbindung:

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Berufsverband der Dolmetscher*innen für Gebärdensprachen und Lautsprachen in Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Amselweg 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Berufsverband der Dolmetscher*innen für Gebärdensprachen und Lautsprachen in Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Amselweg 8	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Berufsverband der Dolmetscher*innen für Gebärdensprachen und Lautsprachen in Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Amselweg 8									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Änderungsantrag 7/1319		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
bei juristischen Personen	Name	
	Organisationsform	
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	
	Eingetragener Verein	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	
	Richard-Breslau-Straße 14	
Postleitzahl, Ort		
	99094 Erfurt	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
	Kommunaler Spitzenverband I. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Konstruktive Bewertung des Gesetzentwurfes mit Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen.
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein

☐ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Erfurt, 15.12.2020	Unterschrift
--------------------	--------------

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betellgentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen - Verbesserung der Barrierefreiheit und Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1192 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 7/1319 -NF-											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

2.		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. § 126, 127 Thür Vo, Art 91 Abs. 4 Thür Verf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzesentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 17.12.2020	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)